# Lübecker Volksbote.

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.**

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30. | Dienstag, den 5. Februar 1907. | 14. Jahrg.


**Hierzu eine Beilage.**

## Was hat die Sozialdemokratie für die Arbeiter getan?

Diese Frage ist nicht nur vor den Wahlen von gegnerischer Seite aufgerollt worden, sondern sie spielt auch jetzt noch bei Besprechung der Wahlergebnisse eine große Rolle. Da wird z. B. auch jetzt noch fortwährend der alberne Schwindel wiederholt, die Sozialdemokratie habe gegen die sogenannten sozialpolitischen Gesetze, gegen die Unfallversicherung, das Krankenversicherungs-Gesetz, die Invaliditäts- und Altersversicherung und dergleichen gestimmt, „weil ihr jeder Fortschritt zugunsten der Arbeiter zuwider ist".

Die Taktik dieser Blätter ist, eine Behauptung auf e[illegible] in der Erwartung, daß die Leser die Sache nicht mehr kennen! Wenn dann dem Schwindel die Maske vom Gesicht gerissen ist, pflegen sie sich ganz erstaunt zu stellen, nochmals die blöde Mär zu wiederholen und glauben, durch diese Wiederholung den Beweis geführt zu haben. Diese Kampfesart hat sich auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" angeeignet. Sie behauptet in ihrer Sonnabend-Nummer, die Sozialdemokratie habe gegen die Krankenversicherung, Unfallversicherung, die Invaliditäts- und Altersversicherung gestimmt, „weil der Sozialdemokratie jeder Fortschritt zugunsten der Arbeiter zuwider ist."

Wie steht es in Wahrheit? Vater der sozialpolitischen Gesetze, soweit dieselben etwas zugunsten der Arbeiter enthalten, ist die Sozialdemokratie. Gegen die sehr mit Unrecht von der „Nordd. Allgem. Ztg." und dem Reichslügenverband gepriesenen sozialen Gesetze hat die Sozialdemokratie gestimmt, weil diese Gesetze dem Arbeiter zuwenig bieten, ihm Lasten auferlegen und nicht alle Arbeiter umfassen. Die Sozialdemokraten haben ihre Anträge unablässig wiederholt und es durchgesetzt, daß wenigstens ein Teil ihrer Anträge durch Novellen zu den Gesetzen durchgingen. Für diese Verbesserungen stimmten natürlich auch die Sozialdemokraten. Hätte die Regierung, und hätte die Mehrheit des Reichstages für die schon vor Jahrzehnten gestellten Anträge der Sozialdemokraten im vollen Umfange gestimmt, so wäre ohne Belastung des Arbeiters und ohne ausnahmerechtliche Bestimmungen gegen die Arbeiter in ausreichendem Maße für alle Arbeiter mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. für die Fälle der Erwerbsunfähigkeit, des Alters, der Krankheit und des Unfalls gesorgt gewesen!

Nachstehend rufen wir der Lügenpresse und ihren Hintermännern einige Tatsachen ins Gedächtnis. Mögen sie dann abermals ihren Unsinn wiederholen, wir können sie nicht daran hindern. Sie werden sie auch wiederholen, weil ja zum Gedeihen des Weizens der „Nationalen" die Verbreitung der Unkenntnis und der Lüge gehört!

Daß ohne die Sozialdemokratie noch gar nichts für die Arbeiter erreicht wäre, hat selbst der Reichskanzler Fürst Bismarck anerkannt. Er erklärte am 26. November 1884 im Reichstage offen und ehrlich:

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, auch noch nicht existieren."

Wir führen noch einen anderen Gegner der Sozialdemokratie an, den tüchtigsten Sozialpolitiker des Zentrums, Konstantin Franz.

Konstantin Franz schreibt auf Seite 18 seines Werkes über Sozialpolitik:

„Es ist eine Tatsache, daß es erst der sozialistischen Agitation bedurfte, bis man überhaupt dazu kam, neben all den Gesetzen, die vorzugsweise die Interessen der besitzenden Klassen betreffen, doch nebenbei auch einige Gesetze speziell für die arbeitenden Klassen zu erlassen. Aus eigenem Antriebe und aus der schöpferischen Initiative der Regierungen ist nichts hervorgegangen, sondern das wenige, was in dieser Hinsicht wirklich geschah, läuft der Sache nach selbst nur auf abgeschwächte Gedanken der Sozialisten heraus. Und sehr erklärlich, da sie eben von allen bestehenden Parteien die einzige Partei sind, die sich ausdrücklich mit den Zuständen und den Bedürfnissen der nur von ihrer Arbeit lebenden Klasse beschäftigt, wie sie auch in diesem Punkte die meiste Sachkenntnis besitzt."

Es sei besonders auf die Unfallversicherung und deren Entstehung hingewiesen.

In der Reichstagssitzung vom 8. Mai 1871 (Stenogr. Bericht S. 577) verlangte bei der Beratung des Haftpflichtgesetzes Bebel, daß der Staat klipp und klar den Rechtssatz anerkennen müsse: Jeder Unternehmer, der aus der fremden Arbeitskraft Gewinn zieht, ist auch verpflichtet, vollen Schadenersatz für die Beeinträchtigung der Arbeitskraft durch Unfälle zu gewähren. Dem gleichen Gedanken ist von sozialdemokratischer Seite wiederholt Ausdruck gegeben worden. In der Sitzung des Reichstags vom 26. Februar 1879 (Stenogr. Bericht S. 143) verlangte Bebel: es solle jeder Unternehmer für den vollen Schaden, der dem in seinem Betriebe Verunglückten zugefügt werde, haften, und es sollten die Unternehmer von Staatswegen durch eine Reichs-Versicherungsanstalt versicherungspflichtig gemacht werden, um dadurch dem Arbeiter den Erfolg seines anerkannten Anspruches zu sichern. Zugleich aber solle dadurch das Risiko auf breitere Schultern gelegt und auch die Unfallverhütung gefördert werden.

Man sieht, was an der Unfallgesetzgebung sozialistisch, beruht auf sozialdemokratischer Anregung!

Bereits im Jahre 1878 hatte ein sozialdemokratischer Antrag (Drucksache 128 des Reichstags) die Ausdehnung der Haftung, die Eisenbahn-Unternehmungen haben, auf alle Betriebe verlangt. Im Jahre 1877 hatte die offiziöse „Provinzialkorrespondenz" noch erklärt, man könne auf solche Vorschläge, wie sie die Sozialdemokratie durch ihren im Jahre 1877 vorgelegten Arbeiterschutz-Gesetzentwurf unterbreitet habe, unmöglich eingehen, wenn man nicht die durch die Sozialdemokratie sowieso schon aufgestachelte Anmaßung und Begehrlichkeit der Arbeiter noch weiter in bedenklichem Maße steigern wolle. Das Wachstum der Sozialdemokratie und die Schmach des Sozialistengesetzes drängten Bismarck dahin, zuzugestehen, man dürfe sich nicht auf Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokratie beschränken, müsse „vielmehr auch deren Bekämpfung durch positive, auf die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes abzielende Maßnahmen" unternehmen.

Am 8. März 1881 wurde der erste Entwurf des Unfallversicherungs-Gesetzes vorgelegt. Er verlangte eine Reichs-Versicherungsanstalt, Unfallversicherung vom 29. Tage nach dem Unfall ab und Deckung der Kosten durch Unternehmer, Arbeiter und durch einen Reichszuschuß.

Die Sozialdemokratie (Drucksache 120, Session 1884 des Reichstags) verlangte bei der Beratung Fürsorge für alle Arbeiter, Ersatz des vollen Arbeitsverdienstes sowie eine Arbeitervertretung. Im Reichstage beklagte der Freikonservative v. Kardorff bereits bei der Etatsberatung am 25. Februar 1881, Fürst Bismarck habe durch diese Vorlage die Sozialdemokraten übertroffen. Demgegenüber führte Bebel unter anderem aus:

„Ich weiß nicht, was er (Kardorff) für Begriffe von den Ansichten der Sozialdemokraten und ihren Bestrebungen hat. Ich kann nur sagen, daß, wenn sie auch im allgemeinen das Prinzip billigen, auf dem der Unfallversicherungsgesetzentwurf beruht, wir die ganzen Ausführungsbestimmungen sehr, sehr wenig genügend finden, und wenn wir uns auch einmal der Hoffnung hingeben wollen — obgleich wir diese Hoffnung nicht haben —, daß dasselbe hier im Reichstage in einer Weise amendiert würde, die vollständig unseren Wünschen, also den Wünschen der Arbeiterklasse entspräche, so muß ich doch sagen, daß auch damit noch sehr wenig geschaffen ist. Es wäre ein anerkennenswerter Schritt damit geschehen, aber es wäre mindestens ebenso wichtig, daß nicht allein dafür gesorgt wird — und dies ist Ihre Aufgabe, denn wir sind nur die Geduldeten in diesem Hause, man sähe uns am liebsten draußen — daß nicht nur diejenigen Unterkunft und Brot haben, die in der Industrie durch irgend einen Unfall geschädigt werden, sondern daß unsere Arbeiter überhaupt ausreichend Brot und Verdienst haben und beschäftigt werden können".

In ähnlicher Weise schrieb der freisinnige Abgeordnete Bamberger der Sozialdemokratie die Vaterschaft des Versicherungsgedankens zu. Er führte aus (Seite 679, Session 1881, Stenogr. Bericht):

„Materiell ebenso wie formal steht der heutige Gesetzentwurf auf dem Boden des Sozialismus: er bekennt sich in seinen Motiven ausdrücklich dazu. . . . Wie sehr die gegenwärtige Theorie der Gesetzgebung bereits dem Inhalt des Sozialismus nahe gerückt ist, wird Ihnen nach mir wahrscheinlich ein anderer Redner sehr deutlich illustrieren, nämlich der Herr Abgeordnete Bebel. Herr Bebel hat im Jahre 1878 bei Gelegenheit gerade des Vorschlags, die Unfallversicherungsgesetzgebung zu verbessern, eine Rede gehalten, und er hat in derselben genau die Grundzüge desjenigen Gesetzes entworfen, das Ihnen heute vorliegt. Ich will Herrn Bebel nicht des Vergnügens berauben, die Stelle wörtlich vorzulesen, in der die ganze Oekonomie des Gesetzes auch seiner Ausführung nach enthalten ist; aber das kann ich sagen, nachdem ich die Rede heute morgen nachgelesen habe, ist mir der Gedanke gekommen, ich weiß nicht, warum Herr Bebel nicht vortragender Rat der volkswirtschaftlichen Abteilung in der Reichsregierung ist. . .

. . . Das hoffe ich von der Mehrheit des Hauses, sie wird die beiden sozialistischen Elemente, welche darin bestehen, daß das Reich zu einer allgemeinen Armenversorgungsanstalt gemacht und die Finanzkraft des Reiches zu diesem Zwecke herangezogen werden soll, daß die hohe Versammlung diese Propositionen ablehnt."

Bebel äußerte am 4. April 1881 dem Reichskanzler gegenüber:

„. . . daß er bei uns für seinen Entwurf bis zu einem gewissen Grade eine Unterstützung findet, die ihm selbst in diesem Falle nicht so unangenehm sein dürfte, um so mehr, meine Herren, da die Verteidigung, die der Herr Reichskanzler am Sonnabend seinem eigenen Entwurf hat zuteil werden lassen, keineswegs eine überzeugende war. Er bedarf dringend einer Unterstützung von anderer Seite, und wir wollen ihm diese, soweit es uns möglich ist, unsererseits angedeihen lassen. Ja, meine Herren, wir wollen ihm und Ihnen sogar nach besten Kräften helfen, die positiven Bestrebungen, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch diesen Gesetzentwurf erreicht werden sollen, zu fördern, damit sie zu einem gedeihlichen Ziele kommen."

Der Reichstag in seiner Mehrheit lehnte die auf Verbesserung des Gesetzentwurfes gerichteten sozialdemokratischen Anträge ab, beseitigte die Reichs-Versicherungsanstalt, ebenso den Reichszuschuß usw., so daß sogar der Bundesrat am 25. Juni diesen völlig unbrauchbaren Entwurf ablehnte.

Dann erschien die Botschaft vom 17. November 1881. Unter dem 8. Mai 1882 wurde dem Reichstage ein zweiter Entwurf eines Unfallversicherungs-Gesetzes vorgelegt. Er schlug örtlich abgegrenzte Betriebsgenossenschaften und eine auf 13 Wochen verlängerte Karenzzeit vor. Der Entwurf gelangte nicht zur Verabschiedung. Am 6. März 1884 wurde ein dritter Entwurf über dieselbe Materie eingebracht. Dieser schlug die Einführung von Berufsgenossenschaften, ferner die dreizehnwöchentliche Karenzzeit vor und wollte den Reichszuschuß ersetzt wissen. Dieser Entwurf wurde am 27. Juni 1884 vom Reichstag angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten gegen denselben, weil sie zwar anerkannten, daß der Arbeitgeber für alle nicht absichtlich verschuldeten Unfälle im Prinzip zu haften habe, der Entwurf aber unter anderem schwere Nachteile gegenüber der Arbeiterklasse enthielt. So z. B. die Beseitigung des Schadenersatzanspruches auf die ersten 13 Wochen, die Herabsetzung des Schadenersatzanspruches auf höchstens zwei Drittel des wirklichen Schadens, die Einführung der Berufsgenossenschaften als Organisation der Unternehmer, den Mangel ausreichender Unfallverhütungsvorschriften, den Ausschluß der Arbeiter von der Verwaltung und von der Möglichkeit, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen und zu überwachen usw.

Die Sozialdemokraten haben unablässig auf Verbesserung des Unfallversicherungs-Gesetzes hingewirkt. In der Session 1896-97 wurden Verbesserungen angenommen, die das bestehende Gesetz zugunsten der Arbeiter erheblich geändert hätten. Der Bund der Großindustriellen sprach sich darauf mißbilligend über die beschlossenen Verbesserungen aus und verlangte von der Regierung, den Beschlüssen nicht zuzustimmen. Die Regierung gehorchte! Im Januar 1900 ging dann dem Reichstage ein den Wünschen der Großindustriellen im weiten Maße Rechnung tragender Entwurf zu. Mit einigen Aenderungen wurden dieser Entwurf, der gegenüber dem bisherigen Zustande Besserungen aufweist, angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten für diese Verbesserungen, wiewohl sie ihnen nicht weitgenug gingen.

Auch beim Kranken- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz liegt es ähnlich. Freilich haben die Sozialdemokraten dagegen gestimmt, daß die Verbesserung der Armengesetzgebung, wie sie von der Regierung durch diese Gesetze bezweckt wurde, so völlig unzulänglich ausfalle, und daß überdies die Kosten dieser Gesetzgebung auf die Schultern der Arbeiter gewälzt wurden. Sie hatten unter anderen beantragt, daß zum Leben hinreichende Renten für alle Erwerbsunfähigen gezahlt und daß die Kosten durch eine Einkommensteuer aufgebracht würden!

So steht die Sache in Wirklichkeit!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Dr. Bödicker**, der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes, ist gestern gestorben.

**Abwarten!** über das Thema „Reichstagswahlen und Sozialpolitik" schreibt anscheinend offiziös die „Soz. Praxis":

„Das Wahlergebnis scheint uns der Fortführung der Sozialpolitik günstige Aussichten zu eröffnen. Diejenigen Parteien, auf deren positivem Zusammenarbeiten mit der Regierung die sozialpolitische Gesetzgebung seit langen Jahren beruht, kehren zum mindesten in der gleichen Stärke in den Reichstag zurück. Und die bisher führenden Sozialreformer in den einzelnen Fraktionen sind sämtlich im ersten Wahlgange gewählt oder stehen in aussichtsreicher Stichwahl. Neue sozialpolitische Autoritäten sind für den Reichstag gewonnen. Und vielleicht rücken auch noch einige nationale Arbeitervertreter hinzu. Die Niederlage der Sozialdemokratie aber muß den anderen Parteien doppelt die Verpflichtung auferlegen, den Massen der Unbemittelten und Bedürftigen den Beweis durch Taten zu führen, daß ihr Schicksal bei jener Partei in schlechten Händen liegt und die bürgerliche Mehrheit des Reichstages bereit ist, den berechtigten Beschwerden der Schwachen abzuhelfen und eine kraftvolle Sozialreform zu Nutz und Frommen des Staates durchzuführen.

Denn nach unserer Meinung hat die Sozialdemokratie ihre Niederlage selbst verschuldet: nicht nur durch die Roheit ihres Gebarens seit Dresden und Jena, durch ihr revolutionäres Wüten, durch den blinden Haß gegen alle nationalen Ziele. Damit hat sie gewiß Hunderttausende von Mitläufern abgeschreckt, die mit Schrecken inne wur-

den, wohin die Wege führen, die sie unzufrieden und verärgert gegangen waren. In demselben Maße oder noch stärker hat die Partei der Singer und Stadthagen sehr große Massen der gewerblichen Arbeiterschaft, der Angestellten und Privatbeamten durch ihre öde Negation und völlige Unfruchtbarkeit in der Sozialpolitik enttäuscht und abgestoßen. Jetzt ist ein Hemmschuh einer gedeihlichen Entwickelung beseitigt. War die Sozialdemokratie häufig eine Helferin reaktionärer Bestrebungen, so ist jetzt die Bahn frei für die nationale Arbeiterbewegung und die Gesundung der Arbeiterorganisationen. Nun muß sich zeigen, ob auch die Regierung die Forderung des Tages auf sozialpolitischem Gebiet begreift:

Nicht Stillstand, nicht Rückschritt, sondern gerade weil die Sozialdemokratie einen so schweren Schlag erhalten hat, jetzt verdoppelte Fürsorge für die Massen, die ein Anrecht auf den Schutz des Staates und auf Gleichberechtigung haben. Nur so wird man den Sieg wirklich ausnützen und befestigen. Daß an sehr maßgebenden amtlichen Stellen diese Auffassung herrscht, wird uns aus unanfechtbaren Quellen bestätigt. Mögen dieser Gesinnung bald Taten folgen!"

Es heißt doch in der Tat den Lesern Sand in die Augen streuen, wenn man ihnen jetzt glauben machen will, daß nunmehr eine verdoppelte Fürsorge für die Massen auf sozialpolitischem Gebiete erfolgen werde. Wir glauben nicht eher daran, als bis wir sie sehen. Im übrigen verweisen wir unsere Leser hinsichtlich der unwahren Behauptung von der Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie auf den heutigen Leitartikel. Sie werden daraus ersehen, mit welchen Lügen auch offiziöserseits gegen uns gearbeitet wird.

**Etatsrecht und Opernhaus.** Aus der Budgetkommission des preußischen Dreiklassenparlaments berichtet der „Berliner Lokal-Anz.":

Eine längere Debatte rief eine Vergütung hervor, die an die Krone für bauliche Herstellungen und Instandsetzung des Königlichen Opernhauses und des alten Magazingebäudes in Berlin etatisiert ist. Es wurde bemängelt, daß diese Ausgabe ohne Genehmigung des Landtags gemacht worden ist, während doch erst im Vorjahre beim Umbau des Schauspielhauses derartige Etatsverletzungen gerügt worden sind. Der Finanzminister wies den Vorwurf einer Verletzung des Etatsrechtes zurück. Die Sache liege so, daß das Hausministerium diese Arbeiten ohne Genehmigung und Vorwissen des Finanzministeriums habe ausführen lassen und erst nachträglich die Erstattung der durch die Arbeiten bewirkten Erhöhung des Substanzwertes der Gebäude beantragt habe. Es stehe mithin keine Bewilligung dieser baulichen Veränderungen, sondern eine Erstattung von dem Hausministerium liquidierter Ersatzbeträge in Frage, zu der die Zustimmung des Abgeordnetenhauses gefordert werde. Diese Zustimmung wurde mit Majorität erteilt.

Dunkel ist der Rede Sinn! Fest steht jedenfalls, daß die Ausgabe gemacht worden ist, ohne vorher vom Landtag genehmigt worden zu sein. Die Regierung wäre in höchliche Verlegenheit geraten, wenn die Nachbewilligung nicht erfolgt wäre. Dergleichen braucht sie freilich vom Dreiklassenparlament nicht zu befürchten. Das Opernhaus ist bekanntlich Privateigentum des Kaisers; ein Teil der Kosten aber trägt der preußische Staat, dessen Ausgaben den Steuerzahlern zur Last fallen.

**An den richtigen Platz** soll jetzt der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Offenbach, Dr. Becker, einer der schlimmsten Wüteriche gegen die Sozialdemokratie, gestellt werden. Ein Darmstadter Lokalblatt meldet nämlich, daß B. nunmehr seine ärztliche Praxis aufgegeben und seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt hat. Er soll die Geschäftsführerstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, dessen Mitbegründer er bekanntlich war, übernehmen.

**Wie gnädig!** Wie der württembergische „Staatsanz." meldet, hat der König unter Wiederholung seiner früheren Ermächtigung aus neuerlichem Anlaß dem Justizministerium seine Willensmeinung kundgegeben, daß von der Befugnis des Ministeriums zur Niederschlagung des Verfahrens wegen Majestätsbeleidigung tunlichst ein weitgehender Gebrauch gemacht werden solle, wenn die Tat mehr den Charakter einer nicht überlegten Ungebühr, als eines aus schlimmer Absicht entsprungenen Angriffs an sich trägt. — Wir wiederholen, was wir schon neulich sagten, daß nur durch die Beseitigung des Majestätsbeleidigungsparagraphen etwas Vernünftiges geschaffen werden kann.

**Gewachsen!** Die Sozialdemokratie kann ihre Macht und ihre Werbefähigkeit letzten Endes nur an der auf sie im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten entfallenden Stimmenzahl abwägen. Und von diesem Gesichtspunkte aus hat uns auch die letzte Wahl wiederum ein Stückchen vorwärts gebracht. Der Zuwachs der Wahlberechtigten wird auf 7—800 000 geschätzt. Wir stellen zur Vorsicht 900000 Wähler mehr ein und gewinnen dann folgendes Bild:

| Jahr | Zahl der Wahlberechtigten | Zahl der sozialdemokratischen Stimmen | in Prozent der Wahlberechtigten |
|---|---|---|---|
| 1874 | 8 523 446 | 350 861 | 4,12 |
| 1887 | 9 769 802 | 763 128 | 7,81 |
| 1890 | 10 145 877 | 1 427 298 | 14,07 |
| 1893 | 10 628 292 | 1 780 989 | 16,76 |
| 1898 | 11 441 094 | 2 113 536 | 18,47 |
| 1903 | 12 528 963 | 3 010 771 | 24,03 |
| 1907 | 13 428 963 | 3 255 970 | 24,24 |

Unser Anteil an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten ist, wenn auch nicht erheblich, trotz der Niederlagen doch gestiegen!

## Stichwahlresultate

**vom 4. Februar 1907.**

**Speyer.** Ehrhart (SD.) 21 824, Buhl (NL.) 15 986 Stimmen. **Ehrhart gewählt.**

**Bielefeld-Wiedenbrück.** Severing (SD.) 18 168, Minister v. Möller (NL.) 16 160 Stimmen. **Severing gewählt.**

**Osnabrück.** Gewählt Dr. Bitter (Z.) mit 18 069 Stimmen gegen Wamhoff (NL.), welcher 16 524 Stimmen erhielt.

**Lüneburg-Winsen.** Gewählt Sievers (NL.) mit 14 111 gegen v. Wangenheim (Welfe), der 13 343 Stimmen erhielt.

**Herford-Halle.** Gewählt Conze (NL.) 11 700 Stimmen gegen Meyer (K.) 11 438 Stimmen.

**Landau.** Gewählt Schellhorn (N.-L.) mit 17 401 Stimmen gegen Erlewein (C.), der nur 232 Stimmen erhielt, da Zentrum und Sozialdemokratie Stimmenthaltung proklamiert hatten.

**Germersheim.** Gewählt Spindler (Z.) mit 10 191 gegen Cronauer (N.-L.) 9267 Stimmen.

**Zweibrücken.** Gewählt Göhring (Z.) mit etwa 1300—1400 Stimmen Mehrheit gegen Leinenweber (N.-L.)

**Kaiserslautern.** Gewählt Rösicke (B. d. L.) mit 14 717 gegen Klement (S.-D.) 13 690 Stimmen.

**Bayreuth.** Gewählt Hagen (N.-L.) mit 10 798 Stimmen. Der Sozialdemokrat erhielt 8072 Stimmen.

**Forchheim.** Gewählt Graf Pestalozza (Z.) gegen Neuner (N.-L.)

**Erlangen-Fürth.** Gewählt Mantz (F. Vp.) mit 16 000 gegen Segitz (S.-D.) 15 941 Stimmen.

**Ansbach-Schwabach.** Gewählt Hufnagel (K.) mit etwa 500 Stimmen Mehrheit gegen Prof. Quidde (D. Vp.)

**Würzburg.** Gewählt Thaler (Z.) mit 11 767 Stimmen. Meisner (W. L.) erhielt 6397 Stimmen.

**Immenstadt.** Gewählt Schmid (Z.) 13 756 Stimmen. Bader (N. L.) erhielt 10 827 Stimmen.

---

**Endgültige Resultate von den Stichwahlen am 2. Februar 1907:**

**Hagenow-Grevesmühlen.** Gewählt ist Graf Bothmer (Wildlib.) mit 11 465 St. Es erhielt Rettich (K.) 6781 St.

**Schwerin-Wismar.** Gewählt Dröscher (K) mit 15 455 St. Starosson (SD.) erhielt 10 269 St.

**Parchim-Ludwigslust.** Gewählt ist Dr. Pachnicke (FVg.) mit 10 801 Stimmen; Dr. Dade (K.) erhielt 8676 Stimmen.

**Malchin-Waren.** Gewählt ist Freiherr von Maltzahn (K.) mit 12 046 Stimmen. Lorenz (SD.) erhielt 5539 Stimmen.

**Rostock.** Gewählt ist Ratssyndikus Linck (NL.) mit 15 141 Stimmen. Es erhielt Rechtsanwalt Dr. Herzfeld (SD.) 13 332 Stimmen.

**Güstrow.** Bei der Stichwahl siegte der bisherige Vertreter von Treuenfels (K.) mit insgesamt 10 775 St. Knappe (SD.) erhielt 5561 Stimmen.

**Mecklenburg-Strelitz.** Gewählt ist Nauck (NP.) mit 12 515 St. Es erhielt Lüth (SD.) 6674 St.

**Holzminden, Gandersheim.** Gewählt ist v. Damm (Wirtsch. Vg.) mit 2500 St. Mehrheit.

**Schaumburg-Lippe.** Gewählt ist Brunstermann (NP.) mit 5049 Stimmen. Es erhielt Klingenhagen (SD.) 3285 St.

**Randow-Greifenhagen.** Gewählt ist Frhr. v. Steinäcker (K.) mit 22 478 St. Es erhielt Körsten (SD.) 17 904 St.

---

# Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 4. Februar 1907.

Der stellvertretende Wortführer Jenne eröffnete die Versammlung mit einem Nachruf für den ermordeten Bankdirektor Stiller. Die Zahl der Bürgerschaftsmitglieder beträgt nunmehr 114.

Zum Mitgliede des Bürgerausschusses wurde Köhn mit 41 Stimmen gewählt.

Der Senat teilt mit, daß er das Ersuchen der Bürgerschaft um Errichtung einer Entwässerungsanlage in der Ernststraße, Rabenstraße usw. abgelehnt habe.

Der erste Senatsantrag betrifft Verzinsung und Tilgung der Kosten der Anlage des Vorwerker Friedhofes usw.

Lauenstein fragt an, wann die Eröffnung des Vorwerker Friedhofes erfolgen soll.

Senator Dr. Stooss: Die Eröffnung wird am 1. April 1907 geschehen.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen.

Beim nächsten Senatsantrag betr. Ergänzung der Ordnung für die Irrenanstalt vom 31. Oktober 1887 erklärt

Wissell sich gegen die beabsichtigte Erhöhung des Kostgeldes. Dadurch würde verschiedentlich die sachgemäße Heilung von Kranken verhindert. Man sollte die Verpflegungskosten nach dem Einkommen festsetzen. Redner fragt an, ob es als Armenunterstützung angesehen wird, wenn jemand allerdings auf Kosten der Armenanstalt Angehörige in der Irrenanstalt verpflegen läßt, aber der Armenanstalt den Betrag wieder ersetzt. Weiter bemängelt Redner die Fassung der einen Bestimmung, die besagt, daß Staatsangehörige, die noch nicht 2 Jahre die Staatsangehörigkeit besitzen, eigentlich keine Staatsangehörige sind.

Senator Dr. Stooss: Es ist gerade von Auswärtigen nur die Staatsangehörigkeit erworben worden, um Kranke in der Irrenanstalt unterzubringen. Das soll durch die vorgeschlagene Bestimmung verhindert werden. Die Kosten nach dem Einkommen festzusetzen, sei nicht richtig, da man dann auch alle Verhältnisse berücksichtigen müsse. Auf die Frage betr. die Armenunterstützung könne er (Redner) keine Auskunft geben.

Wissel betont nochmals seine bereits geäußerten Bedenken und beantragt Kommissionsberatung.

Der Antrag wird abgelehnt, die Senatsvorlage unverändert angenommen.

Die nächsten beiden Senatsanträge sollen auf Antrag Dr. Eschenburg zusammen beraten werden. Niemand meldet sich zum Wort. Die beiden Senatsanträge betr. Schaffung einer zweiten Arztstelle an der Irrenanstalt sowie Erhöhung der Vergütung des zweiten Assistenzarztes an der Irrenanstalt werden darauf angenommen.

Beim nächsten Senatsantrag, betr. Erstreckung der Geltungsdauer des vierten Nachtrages vom 2. Dezember 1903 zum Gesetze vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer auf das Rechnungsjahr 1907 fragt Brecht an, ob die Vorlage betr. Neuregelung der Einkommensteuer noch in diesem Jahre der Bürgerschaft zugehen wird.

Senator Dr. Stooss erklärt, daß die Vorlage von der Steuerkommission fertig gestellt sei und jedenfalls die Bürgerschaft in diesem Jahre noch beschäftigen wird.

Die Senatsvorlage wird hierauf angenommen.

Der nächste Senatsantrag betr. Erwerb der Stelle des Landmannes Schlünz zu Rücknitz.

Dobberstein wünscht, daß den ländlichen Arbeitern Land aus dem vom Staat angekauften Grundstücken pachtweise überlassen werde. Von Dummersdorf habe man ein diesbezügliches Ersuchen bereits gestellt.

Senator Eschenburg bestätigt letzteres und erklärt, daß dem Ersuchen zweifellos Rechnung getragen werde.

Schwabroch hält es für zweckmäßig, wenn der Staat für die von ihm für die Industrie angekauften Ländereien in den Zeitungen oder durch Karten Reklame machen würde.

Senator Eschenburg: Das wird geschehen.

Thiele führt einen Fall an, nach welchem sich in der Travemünder Badeanstalt jemand infolge der dort vorhandenen Steine verletzt habe und fragt, wer den Mann entschädige.

Der Wortführer ersucht, beim Senatsantrage zu bleiben.

Dahms weist darauf hin, daß ein Werk über die Erschließung der Industrieterrains bereits in Arbeit sei.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

Der nächste Senatsantrag betr. Ankauf der Stellen des Halbhufners Ahrens, des Hufners Müter und des Hufners Krellenberg in Dummersdorf wird debattelos genehmigt.

Nunmehr steht zur Beratung ein Senatsantrag betr. Gewährung einer weiteren Staatsbeihülfe von 3000 Mk. an den Theaterdirektor Piorkowski für die Spielzeit 1906/07.

Thiele klagt über Mängel in dekorativer Beziehung und über die vielfach im Theater herrschende Kälte.

Senator Eschenburg weist darauf hin, daß gerade die Dekorationen große Summen verschlingen.

Dobberstein fragt an, wie es mit dem Neubau des Stadttheaters stehe.

Senator Eschenburg sagt, die Theaterkommission habe fleißig gearbeitet.

A. Pape: Hat man bei den Beratungen in der Kommission auch den Zollschuppenplatz in Betracht gezogen, der doch sehr vielen Leuten als der geeignetste Platz erscheint. Dieser steht uns noch immer zur Verfügung. Für den Senatsantrag bin ich deshalb, um eine weitere Verschlechterung unserer Theaterverhältnisse zu verhindern. Da in den nächsten zehn Jahren das neue Theater doch nicht fertiggestellt sein wird, so haben wir alle Ursache, den jetzigen Direktor zu halten.

Senator Eschenburg: Die Kommission hatte kein Mandat, sich mit der Platzfrage zu beschäftigen; dieselbe ist s. Zt. durch Rat- und Bürgerschluß geregelt worden.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Gewährung einer Beihilfe an den Verein „Oeffentliche Lesehalle".

Th. Schwartz freut sich, daß das Bildungsbedürfnis der Lübecker Bevölkerung gestiegen ist; er will deshalb für den Senatsantrag stimmen. Bedenklich sei es jedoch, an private Vereine so hohe Subventionen zu zahlen. Man solle die Verstaatlichung der Lesehalle in Erwägung ziehen und das Institut mit der Stadtbibliothek verbinden, dann würde für das Bildungsbedürfnis unserer Einwohnerschaft noch mehr geschehen können.

Senator Dr. Eschenburg: In dem vom Vorredner angedeuteten Sinne schweben bereits Beratungen, deren Ergebnis der Bürgerschaft mitgeteilt wird.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Zur Beratung steht sodann der Senatsantrag betr. Ausgestaltung des lübeckischen Lehrerbildungswesens. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: 1. Die Präparandenanstalt wird mit dem Lehrerseminar zu einer einheitlichen sechsklassigen Anstalt vereinigt. 2. Der Baudeputation wird zur Ausführung der baulichen Veränderungen der erforderliche Betrag von insgesamt 4960 Mk. zur Verfügung gestellt.

Schulmerich gibt seiner Genugtuung über die Ausgestaltung des lübschen Lehrerbildungswesens Ausdruck. Lebhaft bedauern würde er es jedoch, wenn, wie es nach der Vorlage der Fall ist, befähigten Schülern der Volksschule in Zukunft unmöglich gemacht werden solle, den Lehrerberuf zu ergreifen, da für die Aufnahme in die Lehrerbildungsschule das Ziel der neunklassigen Mittelschule verlangt werde. Das liegt weder im Interesse der Schule noch der Bevölkerung.

Senator Dr. Eschenburg: Die Frage ist in der Kommission geprüft worden und es sollen Härten gegen Volksschüler möglichst vermieden werden.

Wissell kann es nicht verstehen, weshalb man aus der ganzen Senatsvorlage betr. die Neugestaltung des Lehrerbildungswesens die jetzt vorliegenden Anträge herausgerissen habe, zumal die Durchführung desselben in diesem Jahre nicht mehr möglich ist. Redner bedauert, daß der Seminardirektor in seinem Berichte so ostentativ Verwahrung dagegen einlegt, daß das Seminar als höhere Bildungsanstalt betrachtet werde. Im Interesse der Schüler, die später von den Zöglingen des Seminars unterrichtet werden sollen, liegt es, daß das Seminar auf die höchste erreichbare Stufe gestellt werde. Mit Herrn Schulmerich bin ich damit einverstanden, daß sich die Bildung der Seminaristen an die Volksschulbildung angliedert. Den Volksschülern dürfe der Lehrerberuf nicht verschlossen werden; wenn man die Zensuren der aus der Volksschule hervorgegangenen Seminaristen mit denen der aus anderen Bildungsanstalten in das Seminar aufgenommenen jungen Leute vergleicht, dürften sich die Volksschüler als mindestens gleichwertig zeigen.

Senator Dr. Eschenburg: Die vorliegenden Anträge sind deshalb aus der Gesamtvorlage genommen worden, weil die Räume, in denen sich jetzt die Präparandenklassen befinden, nicht genügend sind.

Hempel meint zunächst, daß die umfangreiche Tagesordnung nicht Veranlassung sein könne, sich in der Beratung der Vorlage Beschränkung aufzuerlegen. Er würde es ferner lebhaft bedauern, wenn die tüchtigen Volksschüler von der Ergreifung des Lehrerberufs ausgeschlossen werden sollten, wie das durch den vorliegenden Senatsantrag anscheinend geschehen wird.

Senator Dr. Vermehren: Es ist nicht beabsichtigt, begabte Volksschüler vom Lehrerberuf auszuschließen. Allerdings stehe der Senat auf dem Standpunkte, daß der Abschluß der Mittelschulbildung die Vorbedingung für die Aufnahme in das Seminar sein soll.

Boedeker: Die Zahl der Volksschüler, die Lehrer werden, ist nur gering. Das bisherige Präparandenschulgebäude sei nicht mehr zu benutzen.

Senator Dr. Vermehren bittet nochmals um Annahme der Senatsvorlage.

Hempel: Bisher hatten die Volksschüler die Berechtigung, in das Lehrerseminar aufgenommen zu werden. Das wird durch die Senatsvorlage sehr erschwert oder ganz verhindert.

Wissell bemerkt, daß der Kommissionsbericht leicht fertiggestellt sei und Unrichtigkeiten enthalte, wenn die Ausführungen Boedekers den Tatsachen entspreche.

Schulmerich weist darauf hin, daß die Aufstellung des Seminardirektors über die Beteiligung der Volksschüler am Lehrerberuf nicht richtig ist, da viele Schüler nach Absolvierung der Volksschule noch ein Jahr die Mittelschule besuchen und in der Statistik dann als Mittelschüler aufgeführt werden.

Boedeker betont nochmals, daß nur wenige Volksschüler Lehrer werden. In Preußen steht eine Revision der Lehrerbildung bevor, und nach dieser solle man sich auch in Lübeck richten.

Die Senatsvorlage wird darauf angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Umwandlung von Revisionsaufseherstellen des Hauptzollamtes in Zollassistentenstellen.

Köhn stellt ein Ersuchen an den Senat, dahingehend, daß die Gehälter der Hilfszollwächter, die 2,50 Mk. pro Tag betragen, erhöht werden.

Senator Dr. Vermehren: Es ist beabsichtigt, die Hilfszollwächter gegen festes Gehalt anzustellen, das in aufsteigender Linie sich bewegen soll.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Herstellung eines Spielplatzes auf der Falkenwiese.

Hempel dankt dem Senat und der Bürgerschaft dafür, daß der neue Spielplatz geschaffen werden soll und

wünscht, daß der Spielplatzfrage auch in Zukunft genügende Aufmerksamkeit gewidmet werde.

Thiele weist darauf hin, daß der Spielplatz hinter der alten Kaserne sich nach Regenwetter bedenklich mit Pfützen versehen wird. Hier muß gebessert werden.

Von der Tagesordnung abgesetzt wird der Senatsantrag betr. die Feststellung der im Rechnungsjahre 1907 auszuführenden Pflasterungs- undIelarbeiten in der Stadt.

Zur Beratung kommt der Senatsantrag betr. die Feststellung der im Rechnungsjahre 1907 in den Vorstädten auszuführenden Wege- und Sielarbeiten.

A. Pape tritt für den Ausbau des Töpferweges ein.

Senator Strack: Es schweben schon diesbezügliche Unterhandlungen.

Schwabroch wünscht eine bessere Pflasterung der Catharinenstraße von der Fackenburger Allee bis zu der Bahn.

A. Pape macht auf die schlechten Pflasterverhältnisse der Dornestraße aufmerksam.

Thiele weist auf die verbesserungsbedürftigen Zustände in der Kahlhorst- und Dorfstraße hin.

Lauenstein bemängelt, daß die Pflasterung der Bahnüberführung in der Schwartauer Allee so oft geändert werde. Ihm sei gesagt worden, daß die Brücke den Steinbelag nicht tragen könne. Weiter sei die Beleuchtung der Brücken sehr mangelhaft.

Senator Strack: Der schlechte Zustand der Dornestraße ist der Baubehörde bekannt, doch wird zur Zeit wegen Mangel an Mittel eine Verbesserung noch nicht erfolgen können. Die Pflasterung der Überführung in der Fackenburger Allee werde verbessert.

Blunck fragt, wie die Baudeputation dazu gekommen sei anderes Pflaster für die Bahnbrücken zu nehmen, als in dem Vertrage mit der Bahn vorgesehen sei.

Senator Strack: In dem Vertrage ist über das Pflaster garnichts festgelegt.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen, ebenso die Senatsanträge betr. Nachträgliche Genehmigung von Überschreitungen bewilligter Baukosten der Irrenanstalt im Rechnungsjahre 1904, Gashauptrohrverlegungen in der Hüxtertor-Allee, in der Falkenstraße und Selzerstraße, Abänderung des Rat- und Bürgerschlusses vom 17. Dezember 1906 wegen Ankaufs der Grundstücke Königstraße Nr. 58 und Fleischhauerstraße Nr. 20. Abänderung der Kaufmannsordnung.

Auf Antrag des Senats wird von der Tagesordnung abgesetzt der Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlagen, a) betr. Pflasterung der verkehrsreichsten chaussierten Vorstadtstraßen; b) betr. den Erlaß eines Gesetzes, die Baufluchtlinien für den Schäßelbuden betreffend, sowie Abänderung der Gesetze vom 29. Oktober 1902, betr. Baufluchtlinie für die Straße „An der Mauer" usw., und vom 18. Mai 1903, betr. Baufluchtlinien für Strecken der Königstraße.

Nunmehr steht zur Beratung die nochmalige Beratung des Antrages Dahms, betr. die Herabsetzung der Fahrradabgabe.

Dahms tritt für die Ermäßigung der Fahrradabgabe auf die Hälfte des bisherigen Betrages ein.

Legtmeyer-Moisling: Bilden Sie sich nicht ein, daß jetzt die Radfahrsteuer aufgehoben werden kann, weil in der Stadt genügend Radfahrwege vorhanden sind. So haben wir nicht gewertet. Auf dem Lande sollen auch erst überall Radfahrwege gebaut werden, ehe die Steuer aufgehoben wird. Läßt sich die Steuer herabsetzen, so werde ich dafür zu haben sein.

Dr. Meyer: Ich bin der Meinung, daß die Radfahrabgabe nicht aufgehoben werden darf, sondern ausgedehnt werden muß auf Kraftwagen und Reiter.

Prof. Dr. Baethke tritt für den Antrag Dahms ein.

Dahms befürwortet nochmals seinen Antrag.

Peters hält die Radfahrsteuer für gerechtfertigt. Die Radfahrsteuer drückt nicht und der größte Teil der Bevölkerung nämlich die Nichtradfahrer sind.

Der Antrag Dahms wird angenommen.

Auf Wunsch des Antragstellers, der heiser ist, wird von der Tagesordnung abgesetzt der Antrag von Mühsam: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob der von der Oberschulbehörde ausgesprochene Grundsatz, daß Israelitinnen als Lehrerinnen an den Volksschulen nicht angestellt werden dürften, den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Schluß der Sitzung 9¼ Uhr.

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 5. Februar.

**Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.**

**Die Streikleitung.**

---

**Hauptlehrer Boedeker,** der Leiter der St. Lorenz-Knaben-Mittelschule ist heute vormittag infolge eines Schlaganfalles plötzlich verschieden. Der Verstorbene war Mitglied der Bürgerschaft und nahm noch gestern abend an der Versammlung dieser Körperschaft teil. Bei der Beratung der Vorlage betr. die Ausgestaltung des Lehrerbildungswesens griff er wiederholt in die Debatte ein.

**An Staatssteuern und Abgaben** gingen im Monat Januar ein: Einkommensteuer 28 772,28 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgaben und Zuschläge zur Reichs-Erbschaftssteuer 36 507,36 Mk., Veräußerungsabgabe 27 242,68 Mk., Stempelabgaben 39 213,90 Mk., Schiffsabgaben 17 093,09 Mk., insgesamt 148 829,31 Mk. gegen 154 779,51 im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 5950,20 Mk. weniger. Vom 1. April bis Ende Januar sind insgesamt eingegangen 2 949 880,60 Mk. gegen 2 901 298,62 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres oder 48 081,98 Mk. mehr.

**Von der Invalidenversicherung.** Quittungskarten für die Invalidenversicherung verlieren ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte verzeichneten Ausstellungstage zum Umtausch eingereicht sind. Alle vor 1905 ausgestellten Quittungskarten dürfen daher nicht weiter benutzt werden; der Umtausch derselben ist von den Versicherten, welche ihre Karten im Besitz haben (Wäscherinnen, Plätterinnen, Nähterinnen usw.), schleunigst zu veranlassen; für den Umtausch der bei der Behörde und den Betriebs- und Innungskrankenkassen hinterlegten Quittungskarten bedarf es eines besonderen Antrages nicht. Im Zusammenhang mit der Ungültigkeit der Karte steht das Erlöschen der Anwartschaft auf Rente. Wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstage nicht mindestens für 20 Wochen Beiträge entrichtet sind, ist das Versicherungsverhältnis erloschen und können alsdann aus der bisherigen Versicherung keinerlei Ansprüche hergeleitet werden. Das alte Versicherungsverhältnis wird erst wieder hergestellt, wenn von neuem für 200 Wochen Beiträge geleistet sind. Es kann den Versicherten nicht dringend genug geraten werden, ihre Quittungskarten rechtzeitig, das ist vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Ausstellungstage, mit Beitragsmarken für mindestens 20 Wochen beklebt, bei zuständiger Stelle zum Umtausch einzureichen. Personen, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, können das Versicherungsverhältnis durch freiwillige Beitragsleistung aufrecht erhalten. Die Wahl der Lohnklasse steht ihnen dabei frei. Zur Aufrechterhaltung des Versicherungsverhältnisses genügt es, wenn in zwei Jahren für 20 Wochen Beiträge der ersten Lohnklasse verwendet werden.

**Jahresbericht des Zentral-Verbandes der Töpfer,** Filiale Lübeck. Wenn die hiesige Filiale auf das verflossene Jahr zurückblickt, so muß gesagt werden, daß das Jahr 1906 reich an Arbeitslosigkeit für unsere Kollegen war. In den letzten 10 Jahren haben die Kollegen wohl nicht mit einer so großen Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt, wie gerade im verflossenen Jahre. Die Ursachen dieser schlechten Konjunktur liegen in der Hauptsache in dem Überhandnehmen der Zentral-Heizungen begründet. Die Zentral-Heizungen, die fast in jedem größeren Bau angelegt werden, haben unsern Beruf mehr und mehr zurückgedrängt. Im Jahre 1900 zählte unsere Filiale 51 Mitglieder; im 3. Quartal des vergangenen Jahres, wo sich die schlechte Konjunktur am fühlbarsten machte, waren 30 Mitglieder am Orte vorhanden. Von diesen 30 Mitgliedern sind 5 Scheibentöpfer, 2 Reparaturarbeiter und 23 Mitglieder ernähren sich als Ofensetzer. Aber nicht allein die Konkurrenz der Zentral-Heizungen war es im vergangenen Jahre, welche die schlechte Geschäftslage herbeiführte, sondern auch das Baugewerbe lag, von einigen größeren Bauten abgesehen, die ja für uns Töpfer nicht in Betracht kommen, sehr darnieder. Kleinere Bauten waren wenig in Angriff genommen. Auch einige unserer Unternehmer, die mit uns über die schlechte Geschäftslage jammern, tragen ein gut Teil dazu bei, unseren Beruf mehr und mehr dem Rande des Grabes zu nähern. Obgleich sie von der Haltbarkeit, von der Heizkraft und von der angenehmen Wärme eines gut gesetzten Kachelofens oder Herdes überzeugt sind, verkaufen sie doch mit Vorliebe eiserne Herde und irische Öfen und wenden ihre ganze Beredsamkeit auf, um die Leute zum Kauf eines solchen zu bewegen. Und warum? Weil an diesen Sachen mehr verdient wird, als an der Kachelarbeit. Und das nennt man Hebung des Handwerks! Zu Anfang des Jahres standen wir in einer Lohnbewegung; wir hatten eine Lohnforderung von 10 Prozent, Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und einige Nebenforderungen gestellt. Am 1. April fand die Lohnbewegung ihren Abschluß; dieselbe verlief für uns günstig. Allerdings mußten wir in Anbetracht der ungünstigen Konjunktur von der anfangs gestellten Forderung abgehen. Mitte Mai setzte die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße ein, sodaß zwölf verheiratete Kollegen abreisten und sich in Hamburg oder Kiel Arbeit suchen mußten. Im Oktober waren diese Kollegen fast alle wieder zurückgekehrt, da mit Eintritt der rauhen Witterung etwas mehr Arbeitsgelegenheit geboten wurde. Zwei Kollegen zogen es vor, Lübeck zu verlassen und mit ihren Familien nach Kiel überzusiedeln. Versammlungen wurden im verflossenen Jahre 24 abgehalten, davon waren 19 regelmäßige Mitglieder und fünf Extra-Versammlungen. 4 Versammlungen mußten wegen zu schwachen Besuches ausfallen. Von den Extraversammlungen waren 2 wegen unserer Lohnbewegung und 2 wegen Regelung innerer Verbandsangelegenheiten einberufen. Der Versammlungsbesuch gestaltete sich folgendermaßen: Am 1. April waren in der Versammlung 34 Kollegen anwesend; diese Versammlung war am stärksten besucht, dagegen war die Versammlung am 29. Mai am schwächsten besucht, es waren 11 Kollegen anwesend. Die Zentralkasse hatte eine Einnahme von 1085,45 Mk. zu verzeichnen; hiervon blieben 20 Proz. am Orte, 10 Proz. wurden dem Lokalfonds überwiesen und 10 Proz. wurde für die Verwaltung verausgabt. An den Hauptvorstand wurden abgesandt 383,50 M. An Krankenunterstützung wurden an 12 Mitglieder ausbezahlt M. 147,15, an Umzugsunterstützung an 2 Kollegen M. 60,00, an Reiseunterstützung an 51 Kollegen M. 99,20; insgesamt wurden an Unterstützung M. 306,35 ausbezahlt. Die ganze Einnahme des Lokalfonds einschließlich 10 Prozent der Gesamteinnahme der Zentralkasse betrug 809,95 Mk., die Ausgabe 713,58 Mk. In zwei Versammlungen wurde der streikenden Tischler gedacht und denselben 60 Mk. überwiesen. An Darlehn wurden 225 Mk. an die in Not geratenen Kollegen ausbezahlt. Ferner wurde einem Kollegen ein Geschenk von 15 Mk. überwiesen. Diese Zahlen beweisen, daß die Filiale trotz der schlechten Konjunktur was geleistet hat und wiederum ist daraus zu ersehen, daß die Gelder, die von den Kollegen aufgebracht sind, auch wieder den Kollegen zugute gekommen sind, wie die Unterstützungssätze beweisen. Wir wollen den Bericht schließen in der Hoffnung, daß dieses Jahr für die Kollegen ein besseres wird, und mag jeder emsig mitarbeiten und mit dazu beitragen helfen, daß die Filiale allen Anforderungen, die an sie herantreten, gewachsen ist.

k. **Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen** hielt am 30. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, hielt der 1. Vorsitzende, Kollege Reuschel, eine kurze Ansprache an die Versammelten, der letzten Reichstagswahl gedenkend, wobei hervorgehoben wurde, daß vor der Wahl sich ein „Diener des Herrn" bemüßigt fühlte, einer „öffentlichen" (nur mit Einlaßkarten Versehene hatten Zutritt) Wählerversammlung zu erzählen, sämtliche Kellner Lübecks würden am Wahltage für den Kandidaten Klein eintreten. Das soll in einer Versammlung des deutschen Kellnerbundes beschlossen worden sein; wie uns mitgeteilt wird, sind ganze 14 Mann des hiesigen deutschen Kellnerbundes wahlberechtigt und diese 14 Mann sollen die ganzen Kellner Lübecks repräsentieren! Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen mit seinen 60 fast sämtlich wahlberechtigten Mitgliedern legt ganz entschieden dagegen Verwahrung ein, auch nur mit einer Stimme die Kandidatur Klein unterstützt zu haben, denn bis jetzt sind es nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewesen, welche ganz energisch und mit allem Nachdruck die Forderungen der Angestellten im Gastwirtsgewerbe vertreten haben, wohingegen die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien mehr oder minder die minimalsten Forderungen bekämpften. Wenn die Leiter des D. K.-B. beflissen sind, ihre Mitglieder in der Verblendung hin zu halten, so muß unsererseits versucht werden, auch in diesen Wall des Unverstandes Bresche zu legen und aufklärend zu wirken, um auch diesen an Indifferentismus usw. leidenden Menschenkindern den Weg zu zeigen, den sie zu wandeln haben. Immer und immer wieder muß es auch hier heißen: Hinein in die Organisation!

**Arbeiterrisiko.** Der Arbeiter G., welcher in der Blechemballagenfabrik von Ewers & Co. in der Waisenhofstraße beschäftigt war, geriet am Sonnabend mit einem Arm in die Maschine, wobei er sich so erhebliche Verletzungen zuzog, daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Festgenommen wurde ein beim Hochofenwerk tätiger Maurergeselle aus Schlutup, weil er einem Arbeitskollegen ein Paar Zugstiefel gestohlen hat. — Ein Arbeiter aus Danzig, der sich in der Wohnung einer in der Marlesgrube wohnhaften Witwe des Hausfriedensbruchs schuldig machte, wurde festgenommen. — Ein Bäckermeister erstattete gegen seinen Knecht, der von den Kunden Geld einkassierte und für sich behielt, Anzeige wegen Unterschlagung. Der Beschuldigte ist flüchtig. — Festgenommen wurde ein hiesiger Kellnerlehrling wegen vorsätzlicher Brandstiftung. Er setzte ein Bett in Brand, weil er wegen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten entlassen werden sollte.

**Im Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde** findet heute Dienstag abend das Stiftungsfest statt. Für die Festfolge hat der Vergnügungsausschuß mancherlei Schönes zusammengestellt; hoffentlich wird ein guter Besuch die Mühen belohnen. Die Karten sind bei den Vereinsboten und dem Festausschuß zu haben. Anfang des Festes ist 8 Uhr.

**Stadttheater.** Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Um den vielseitigen Wünschen nachzukommen, welche an die Direktion ergangen sind, die „Fledermaus" noch einmal zu geben, wird diese vielbegehrte, reizvolle Operette morgen Mittwoch noch ein letztes Mal, und zwar, worauf wir besonders aufmerksam machen wollen, ausnahmsweise zu kleinen Preisen, in Szene gehen. Die Besetzung ist die gleiche, vorzügliche wie bei der Erstaufführung. — Donnerstag fällt die Vorstellung aus. — Freitag wird „Tannhäuser" zum letzten Male wiederholt, ebenso am Sonnabend „Alt-Heidelberg".

**„Husarenfieber".** Über den einstimmigen, seit Jahren nicht dagewesenen Erfolg von „Husarenfieber", welches hier in Lübeck am Stadttheater am 10. Februar in Szene geht, schreiben Berliner Blätter: Das Stück sprudelt von komischen Situationen und nicht minder erheiterndem Gespräch. Allerdings ging es sehr stürmisch her, aber der Orkan, den die Aufführung entfesselte, versetzte nur die versammelten Zwerchfelle in die lebhaftesten Schwingungen. Krefeld heißt im Stück „Kirchhain", eine mitteldeutsche Fabrikstadt. Dahin zieht das Husarenregiment. Das wußten wir ja nun alle, ehe der Vorhang zum ersten Akt in die Höhe ging, aber selten ist ein Tanz so geschickt, so charmant und so amüsant vier Akte lang ausgedehnt, selten einer mit so tadelloser Präzision geleitet worden, wie der gestrige von Kadelburg und Schowronnek. Und bei aller Fröhlichkeit, bei aller Verve, bei aller tollen Ausgelassenheit doch kein einziger Anstoß, nicht die blasse Spur von Undezenz. Ein Schlager alten Schlags, ein Stück, zu dem man endlich wieder einmal die ganze Familie mitnehmen kann. Es wird Berlin, es wird das Reich, es wird in Gott weiß wieviel Sprachen die Welt erobern.

**Im Hansa-Theater** hat eine neue Künstlerschar die bisherige abgelöst, und zwar in glücklichster Weise. Als alte Bekannte, die man stets gern wiedersieht, ist Tilly Berdier, die schneidige Soubrette zu begrüßen. Alpenlieder bringen die Geschwister Ruederer in prächtig abgetönter, klangvoller Weise zu Gehör. Große Heiterkeit entfesseln Hombert und Renardo als musikalische Komödianten, die auf den unglaublichsten Instrumenten ihre Künste spielen lassen. Hervorragende Akrobaten sind sowohl die „Original Dunlops" als die Trevallys, die besonders auf ihrem Spezialgebiete vortreffliches leisten. Tilly Kayser als Jongleuse konnte ebenfalls über reichen Beifall für ihre anerkennenswerten Darbietungen quittieren. Den Hauptpunkt des Programms bildet jedoch die Gesangsidyll „Waldeszauber". Prächtige Dekorationen, schöne Lichteffekte und ansprechende Musik machen diese Nummer, in der sechs Personen mitwirken, besonders sehenswert. Das Publikum hat alle Ursache, mit der neuen Künstler-Serie des Hansatheaters zufrieden zu sein. Ein Besuch kann deshalb nur empfohlen werden.

**Hamburg.** Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl, die am Freitag zum erstenmal nach dem neuen verschlechterten Wahlgesetz stattfand, läßt sich jetzt übersehen. Der Wahlausfall bedeutet eine Niederlage für die Wahlrechtsverschlechterer. Es haben fast zwei Drittel der Wähler gegen den Wahlrechtsumsturz gestimmt. Hätten die Wahlrechtsumstürzler sich nicht durch die Klasseneinteilung geschützt, die Übermacht der Stimmen auf gegnerischer Seite hätte sie wohl sämtlich hinweggefegt. Die sozialdemokratische Vorschlagsliste hat in der Klasse I reichlich 4800, in der Klasse II über 130 000 Stimmen auf sich vereinigt. Das heißt, in der 1. Klasse haben reichlich 400, in der 2. Klasse zirka 11 000 Bürger für die sozialdemokratische Liste gestimmt. Bei gerechter Proportionalwahl ohne Klasseneinteilung würden der Sozialdemokratie von den 38 in der Stadt zu vergebenden Mandaten etwa 17 zugefallen sein. Jetzt sind es nur 10; eines in der 1. Klasse und 9 in der zweiten Klasse. Die Klasseneinteilung hat also die Sozialdemokratie um ca. 40 Proz. ihres Rechtes betrogen. Die alten Fraktionen, die sich für den Wahlrechtsumsturz erklärten, haben bei der Wahl in verdienter Weise schlecht abgeschnitten. Die Linke hatte elf Mandate zu verteidigen und hat nur acht aus dem Wahlkampfe heimgebracht. Vom Linken Zentrum sind von den aus den allgemeinen Wahlen gewählten Mitgliedern fünfzehn ausgeschieden und nur acht sind jetzt gewählt worden. Die Rechte hat sich noch am besten gehalten; drei Mitglieder scheiden aus und drei neue sind dafür wiedergewählt worden. Die Antisemiten haben bei der sich über die ganze eine Hälfte der Stadt erstreckenden Verhältniswahl auch nur ein Mandat herausholen können. Der bei den Reichstagswahlen erneut erbrachte Beweis ihrer vollständigen Abwirtschaftung hat auch bei der Bürgerschaftswahl die Bestätigung erfahren. Nach der Verhältniszahl von 4300 in der ersten und ungefähr 18 000 Stimmen in der zweiten Klasse haben die alten Fraktionen in der ersten Gruppe 13, in der zweiten Gruppe 1, die Vereinigten Liberalen 5 und 2, die Antisemiten 1, die Sozialdemokraten 1 und 9 Sitze erlangt, so daß also gewählt sind: 10 Sozialdemokraten, 1 Antisemit, 6 Mitglieder der Fraktion der Linken (dazu 2 Mitglieder des Hammerbrooker Bezirks), 8 Mitglieder der Fraktion des linken Zentrums, 3 Mitglieder der Fraktion der Rechten, 7 vereinigte Liberale und 1 Wilder. Die Wahlen haben unter bisher nicht dagewesener Beteiligung stattgefunden. Das „Hamb. Echo" schreibt zum Wahlausfall: „Die Sozialdemokratie ist bei den Wahlen auf Grund des neuen Wahlunrechts nicht zu ihrem Recht gekommen, konnte nicht dazu kommen, weil das Klassenwahlrecht ja ausdrücklich darauf berechnet ist, die Sozialdemokratie zu kontingentieren, zu verhindern, daß sie einen der Zahl ihrer Wähler entsprechenden Einfluß gewinnen. Soweit das möglich war, ist trotzdem den Wahlrechtsräubern eine Schlappe beigebracht worden. Was die Sozialdemokratie unter dem neuen Wahlgesetz erreichen kann, ist ziemlich bis an die Grenzen des Möglichen erreicht worden. Daß eine so große Dissonanz zwischen dem Erreichten und dem, was die Hamburger Arbeiterklasse zu fordern berechtigt wäre, besteht, läßt erst die unerhörte Ungerechtigkeit des neuen Wahlsystems grell hervortreten."

**Bremen.** Opfer einer unglücklichen Liebe sind ein 23jähriges Dienstmädchen aus Woltmershausen und dessen einjähriges Kind geworden. Das Mädchen hatte mit einem Tischlergesellen ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war. Am letzten Sonnabend hatte der Liebhaber dem Mädchen einen Brief geschrieben, daß er Bremen verlassen und sich wieder seiner Heimat zuwenden wolle. Diese Mitteilung wird dem Mädchen jegliche Hoffnung geraubt haben, daß der Bräutigam sein Eheversprechen einlösen werde. Es faßte den Entschluß, sich und ihrem Kinde das Leben zu nehmen. Am Sonnabend abend hat es diesen Entschluß ausgeführt, indem es mit ihrem Kinde beim Ökerdeich in die Weser gesprungen ist. Die Leichen sind bis heute

noch nicht aufgefunden. Wie verlautet, ist der Tischlergeselle seit 7 Jahren mit einem anderen Mädchen verlobt; ferner soll dieser treulose Liebhaber die Ersparnisse seines Opfers um 560 Mk. geschmälert haben.

**Wilster.** Ertrunken. In der Wilster Aue ertrank Sonntag abend der 14jährige Knabe Siemond aus Averfleth. Als er in die Nähe des im Eis liegenden Schiffes „Anna Marie" (Schiffer Jürgens-Münsterdorf) kam, versank er plötzlich und konnte nur als Leiche geborgen werden.

**Oldenburg.** Die Schulbildung des Volkes der Dichter und Denker. Die „Nachrichten für Stadt und Land" bringen folgendes Eingesandt:

Zur Wahl.

Ich möchte die Herrn Parteigenossen der Wahl doch wohl einmal anheim Stellen, was sie sich Eigentlich denken von der Wahl. Überhaupt das sie einen Schuhllerer aufstellen als Kandidat, da doch sohn mangel in unserm Herzogtum ist. Seh doch einmahl wie auf Osternburg, die Jugend sich auf die Straßen Balgt vom großen bis zum Kle..sten. Aber wie soll das auch anders sein, da die Klassen nur abwecksein Unterricht haben, sogar am Tage nur eine Stunde zur Zeit. Wo soll daß hin, immerhin kann doch sich die Partei sagen, daß sie Ungedeiene Kinder in die Welt setzen. Denn da wo ein Familien Vater den ganze Tag auf die Arbeit geht, und 5 bis 7 und noch mehr Kinder hat, und die Frau die Hausarbeit, und wo möglichs ein ganz kleines, was wird dann von die Großen immerhin feinere Buben. Und so mus sich doch die Partei Sagen, daß sie schon die meisten Buben in die Welt schafft, denn darum gerade weil doch sohn mangel an den Herren Schuhllerern ist. Denn ich glaube daß die Partei doch auch wohl sonst einen hätte finden können, sonst Sähe es ja schlecht mit ihnen aus, immerhin daß ist keinen Verstand, sonst hätten sie diesmal wenigstens ein par Hundert Stimmen mehr gehabt. Aber wie viele haben sich retur gehalten und für v. Hammerstein gestimmt jetz werden sie wohl alle für den andern Stimmen wie ich auch, oder überhaupt nicht Wähle da ich ein echter Freisinnieger bin

Ein Gewerk-Ferreiner.

Die Orthographie und der klassische Stil dieses „Gewerk Ferreiners" stellen sowohl der deutschen Volksschlue wie dem bildenden Einflusse der Hirsch-Dunkerschen auf die Arbeiterschaft ein geradezu vernichtendes Zeugnis aus.

---

**Quittung.**

Für den Wahlfonds gingen ein:

Verband der Müller . . . . . 10,— Mk.
Verband der Kupferschmiede . . . . 10,— „

Das Wahlkomitee.

**Quittung.**

Für die streikenden Holzar... ...gen ein:
L. B. . . . . 2,— Mk.

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote".**

## Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

**Silvesterfeier-Komitee.**
**Mittwoch abend 8½ Uhr im Vereinshaus**

---

Durch die glückliche Geburt eines gesunden **Knaben** sind hocherfreut
**G. Käker und Frau.**

---

**Danksagung.**

Allen Freunden und Bekannten, die den Sarg unseres kleinen Hermann so reich mit Kränzen schmückten, sagen wir hiermit unsern besten Dank.
**Hugo Boysen und Frau.**

---

**Möbliertes Zimmer zu vermieten**
Schützenstraße 22, I.

---

**Sonderes Maskenkostüm**
zu vermieten. Wickedestraße 68.

---

**Haupt-Agent**
**für Abschluß von Feuer- 2c. Versicherung, gegen hohen Verdienst sucht**
**General-Agent Heinr. Krause,**
**Beckergrube 97.**

---

Billig zu verkaufen **1 Garnitur, 2 Sofas und 1 Spiegel** Königstraße 28, I.

---

**5** Pfg. aufwärts zahle für Hausstandslumpen. Für Altmetalle, Gummi, Eisen die höchsten Preise. **Alfstraße 37.**

---

**Zur bevorstehenden**
**— Masken-Saison —**
empfehle ich mich zur Anfertigung von **Garnituren jeder Art** zu den billigsten Preisen. **Kunstblumengeschäft von**
**Emma Prilop,**
**Schlumacherstraße 11.**

---

**Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege**
**H. Schreiber, Breitestr. 24**

---

Gebe hiermit bekannt, daß ich mit dem 8. d. M. die

**grünen Rabattmarken aufgebe**

und möchte somit meine werte Kundschaft von Schwartau und Umgegend bitten, bis dahin die Bücher bei mir gegen Ware einzulösen. Gebe nachher 4% Rabatt in bar.

**Karl Quitzau**
**Schwartau. Markt 14.**

---

Leberwurstsqueue aus guter Sorten **Matjes-, Sommerfang- und Flohmheringe,** von ff **Anchovis** bester Qualität, **feinste delikate Matjes- u. Sommerfaugheringe,** ff. **Himbeer- u. Kirschsaft** Fabrik des überall beliebten nach alter bewährter **Bunge'scher Methode** hergestellten **Essigs und Essigsprits, von Wein-, Himbeer-, Estragons-, Gewürz- und Konservierungs-Honig-Essig** (anerkannt vorzügl. Einmache-Essig)
**ff. Käse, bester Qualität in groß. Auswahl**

Generalvertrieb des besten Veilchenseifenpulvers Marke „Kaminfeger", welches in jedem Paket **ein Geschenk** enthält.

**H. L. Wiegers vorm. J. C. Bunge**
Essigfabrik gegr. 1825.
Fischergrube 81 Fernsprecher 217

---

**Zentral-Verband der Fleischer**
**und Berufsgenossen Deutschlands.**
(Zahlstelle Lübeck.)

**Mitgliederversammlung**
**am Mittwoch den 6. Februar**
**abends 8½ Uhr präzise**
**im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.**

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

**Der Vorstand.**

---

**Sonnabend den 2. Februar 1907**
**Eröffnung**
**meiner 2. Verkaufsstelle am hiesigen Platze**
**Moislinger Allee 2**
**für hochfeine Tafelbutter, garantiert reine Naturbutter,**
**pro Pfd. nur 1,25 Mk.**
**Auf Wunsch frei Haus.**
**Central-Molkerei Rostock.**
Filialen: **Schwerin,** Königstr., Ecke Gr. Moor.
**Lübeck** Breitestrasse 11. Moislinger Allee 2.

---

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste
Familien-Witzblatt

**Meggendorfer-Blätter**
München — Zeitschrift für Humor und Kunst
Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 41

**Kein Besucher der Stadt München**
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

---

**Mittwoch nachmittag von 3—5 Uhr:**
**Größeren Posten Ochsenmarkknochen,**
**sowie Abfall-Fleisch**
**das Pfund 10 Pfennig.**
Verkauf nur in der Fabrik. Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme.
**Beim Rethteich 14.**
Thüringer Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik.
**August Scheere.**

---

Wir empfehlen folgende neue Schriften:

| | |
|---|---|
| Politischer Massenstreik | 20 Pfg. |
| Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat | 10 Pfg. |
| Kommunale Schulpolitik | 50 Pfg. |
| Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen | 30 Pfg. |
| Was hat der Vater seinem 18jährigen Sohn zu sagen | 20 Pfg. |
| Wie schütze ich mich als Soldat vor Misshandlungen | 50 Pfg. |

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

---

**Friedrichshof.**
**Freitag, den 8. Februar: I. Familien-Ball.**
Anf. 8 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt Herren 1 Mk. m. Dame, einz. Dame 40 Pfg. **F. Lübbert.**

---

**Achtung Maurer!**
**Mitglieder-Versammlung**
**am Mittwoch, den 6 Februar**
**abends 8 Uhr**
**im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.**

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1906.
2. Geschäftsbericht vom Jahr 1906.
3. Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
**Der Vorstand.**

---

**General-Versammlung**
der
**Freiwilligen Frauen-Sterbekasse**
**am Mittwoch, den 6. Februar 1907**
**im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.**

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Jahre 1906.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
**Der Vorstand.**

---

**Verein der Musikfreunde.**
**Mittwoch, den 6. Februar 1907,**
abends 8 Uhr
**im Kolosseum:**
**17. Volkstüml. Konzert**
**(Orchester: 52 Musiker).**
Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solist: Herr **Emil Corbach** (Violocello).

Zur Aufführung kommen u. a.:
Schmiedelieder aus „Siegfried" R. Wagner.
Phantasie aus „Carmen" G. Bizet.
Ouverture zu „Flotte Bursche" F. v. Suppé.
Potpourri aus „Der Vogelhändler" K. Zeller.

Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

---

**Universum**
**Tränen werden gelacht über die Komödie:**
**Das 2 Mal vermietete Bett.**
**Heute Mittwoch und morgen Donnerstag:**
**Großer Familien-Abend.**
NB. Mittags von 12—2 Uhr Ausgabe von Freikarten. **L. Puls.**

---

**Panorama**
**Breitestraße 53, 1. Etg.**
**Amerika**
**Californien**
New-York, Niagara-Fall, Hudson-Fluß, Sierra-Nevada, Yosemite-Tal.

---

**Hansa-Theater**
**Täglich Gastspiel von**
**Waldeszauber**
**und das große Programm.**
Vorverkauf bei Sager und Kaibel.

---

**Stadt-Theater.**
Direktion: Ludw. Piorkowski.
**Mittwoch, 6. Februar. 8 Uhr.**
**Kleine Preise.**
**Die Fledermaus.**
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Donnerstag: **Keine Vorstellung.**
Freitag: **Tannhäuser.**

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 30. Dienstag, den 5. Februar 1907. 14. Jahrg.

## Auf zur Wahl!

In den Berliner Lustigen Blättern schildert Alexander Moszkowski mit Seherblick eine Straßenszene, die sich am Wahltage 5 Minuten vor Schluß der Wahl (7 Uhr) abspielen könnte. Zwei Bekannte treffen einander in der Nähe eines Wahllokals.

Der Gewissenhafte: „Also hier bummeln Sie herum, an dem Tage, an dem um die höchsten Güter der Nation gekämpft — was sage ich, gekämpft — gewürfelt wird. Gut, daß ich Sie treffe, junger Mann, jetzt können Sie sich vorstellen, daß Ihr eigenes Gewissen vor Ihnen aus dem Pflaster emporgewachsen wäre, um Sie an Ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu mahnen, um Ihnen . . .“

Der andere: „Ach, bitte, halten Sie mich nicht am Rockknopf fest, ich habe Eile, ich wollte nämlich soeben . . .“

Der Gewissenhafte: „Was Sie auch gewollt haben mögen, es war falsch, grundfalsch; das einzige, was Sie wollen sollten, wollen mußten, das haben Sie nicht gewollt, Mensch, Sie haben ja nicht einmal ein Wahlflugblatt in der Hand! Gehören Sie also auch zu dieser Schlafmützenbande, die den Feind wählten, indem sie sich von dem heiligen Akt drückt! Denn Nichtwähler, was heißt das? Das heißt einfach, die Trottelei bis zur Unterstützung des Gegners treiben. Schämen Sie sich, junger Mann! Sie haben den Donnerruf: „Auf die Schanzen“ der heute jedes deutsche Gemüt durchzittert, überhört. Sie werden zum Verräter an Ihrem besseren Selbst, am Vaterlande, Sie sind schlimmer als einer, der neue Gewehre aus Spandau stiehlt, denn das Gewehr kann ersetzt werden, aber die verlorene Stimme des Wählers ist und bleibt unersetzlich!“

Der andere: „Aber so hören Sie doch . . .“

Der Gewissenhafte: „Kein aber! Es gibt Pflichten, denen gegenüber jedes Aber mit Knütteln zu Boden geschlagen werden muß. Danken Sie Ihrem Schöpfer, der Sie mir in die Arme getrieben hat, um Ihnen eine zeitlebens fressende Reue zu ersparen. Und wenn Sie hier vor mir stünden, so fest verankert wie ein Wörmannschiff, das Hunderttausende an Liegegeldern beansprucht, Sie müßten dennoch mit. Fühlen Sie diesen Ruck durch meinen Paletot hindurch, und beurteilen Sie danach die Muskelkraft, mit der ich Sie zur Wahlurne schleifen werde.“

Der andere: „Das ist ja ganz unnötig . . .“

Der Gewissenhafte: „Ganz unnötig! Da spricht die Drückebergermoral aus Ihnen. Hundert Mal nötig ist es, Leute wie Sie mit der Nase auf den kategorischen Imperativ zu stoßen. Wissen Sie denn überhaupt schon, wen Sie wählen wollen. Nicht einmal das! Sie warten, bis die Anreißer mit den Zetteln auf der Straße Sie überfallen, und der Zudringlichste erbeutet Ihre Stimme samt Ihrer armen Seele. O sancta simplicitas! Und auf solche haltlose Individuen ist das Heil des Reiches gestellt! Von Parteigruppierungen haben Sie natürlich auch nicht die blasseste Ahnung. Und so was wählt! Wenn Sie zum Beispiel einem Zentrumsmann Ihre Stimme geben . . .“

Der andere: „Heiliges Kreuzdonnerwetter, es ist ja gar kein Zentrumsmann hier aufgestellt!“

Der Gewissenhafte: „Als wenn ich das behauptet hätte! Ich sagte rein hypothetisch „wenn“; ebensogut hätte ich sagen können: wenn Sie einen Sozialdemokraten wählen; Sie sehen mir überhaupt aus wie ein Mitläufer ohne eigene Meinung. Aber gleichviel, ich schleife Sie hinein, ob Sie wollen oder nicht!“

Der andere: „Allmächtiger, ich wollte ja zur Wahl, Lassen Sie mich doch endlich hinein, wir stehen ja vor dem Wahllokal!“

Stimme von innen: „Es ist eben sieben Uhr, — der Wahlakt ist geschlossen!“

Der andere (wütend): „Und Sie haben mich mit Ihrer langen Moralpauke am Wählen verhindert! Na, wenigstens habe ich die Schadenfreude, daß Sie es auch verpaßt haben.“

Der Gewissenhafte: „Ich? Was geht mich denn die ganze Geschichte an? Ich bin doch im Konkurs und darf gar nicht wählen!“

## Proletarierlos.*)

Schwer und grau lastet der Himmel über der weißen Weite, und wie ein schimmernd Tuch mit feiner Stickerei zieht sichs über Felder und Hügel, wo ein dunkler Baum oder Strauch am Hügel sich von der weißen Decke abhebt. In der kleinen, sauberen Stube steht ein junges Weib am Fenster und sieht hinaus in die tänzelnden Flocken, die manchmal ein kalter Nordwind jagend durcheinander treibt. Und dann rüttelt er an den Fenstern und überzieht die Häuser der Gebirgsdörfer mit glitzernder, schimmernder Pracht. Suchend geht der Blick der bleichen Frau in die Ferne, wo auf der verschneiten Straße ein altes Mütterlein mühsam gegen den Wind ankämpft, langsam, bei jedem Schritt dem Körper einen gewaltsamen Ruck gebend. O wie gern hätte sie sie dabehalten, hätte sie nicht fortgelassen in solchem Wetter, wo man so gern im warmen Stübchen bleibt. Aber woher soll sie es jetzt auch nehmen, wo der Ernährer erst ein paar Wochen krank gewesen und die hungrigen Schnäbel der drei Kleinen nicht ruhig waren. Die arme, alte Großmutter, sie muß wieder heim in ihr kaltes Stübchen, wieder fort von Tür zu Tür mit ihrem Zigarrenkistchen, bis mitleidige Menschen der armen, sauberen freundlichen Alten ihre billigen Waren abnehmen. Nun ist sie bald achtzig Jahre, und noch keine Ruhe und Rast, bis die müden Glieder ganz versagen, bis sie zusammenbrechen, um niemals wieder ihren Dienst aufzunehmen, und dann? — Hunger tut weh!

Fröstelnd zieht das junge Weib am Fenster die Schulter in die Höhe und tritt zurück. Fast ärgerlich wirft sie den Kopf in den Nacken: Wozu wieder diese Sorgen? Sie soll sich ja nicht immer so abgrübeln; das macht sie nur noch bleicher, und vielleicht kommen bald bessere Tage, wo sie dann dem lieben alten Großmütterlein tausendmal vergelten wird, was die an ihr und den übrigen fünf Geschwistern getan, als sie noch jünger war. Wenn manchmal die Mutter krank lag und der Vater müde und abgespannt von der Arbeit kam, immer verdrießlich und leicht reizbar, wie froh schlug dann der das kleine Kinderherz, die bei der Großmutter schlafen gehen durfte. Denn es waren ja nur zwei Betten vorhanden und eine Familie von sieben Köpfen.

Ob sie nun wohl bald heim ist? — Langsam kommt die Dämmerung und breitet ihre Schatten über das Gebirge. Gedankenvoll geht die junge Frau ihren häuslichen Beschäftigungen nach. Schon 5 Uhr: noch drei Stunden, dann kommt er wieder heim aus dem Städtchen, müde und hungrig, bei solchem Wetter, bei dem er früh 5 Uhr vom Hause fort muß, und er soll es traulich und warm finden. Ihr Gesicht wird um einen Schimmer lebhafter, denn für einige kurze Stunden süßen Glückes wird sie dann ihre Sorgen vergessen. Und niemals wird eine Macht der Welt ihr noch dies eine nehmen, das ihr armseliges Leben verklärt. — — Doch, da kommt er schon, ein paar schwere Tritte, und ein Jubelruf tönt aus drei kleinen Kehlen — ein Aufleuchten in dem Blick des müden Mannes. Schnell Stiefel und Kittel runter steht er an der Seite seines Weibes: „Nu, wie is Dir de heit?“

„Ganz schie,“ gibt sie lächelnd zurück.

Zärtlich streichelt er mit seinen schwieligen Händen ihr Gesicht: „Mei Gute, na wart nur, 's wird schie bald besser, ich krieg zugelegt.“ In froher Hoffnung tollt er dann mit den Kindern. Heiter und guten Muts geht's frühzeitig fort, hinaus in den kalten, stürmenden Morgen.

*) Die „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht diese Skizze und bemerkt dazu: Diese Skizze, die uns eine Parteigenossin aus dem Erzgebirge zugesandt hat, ist gewiß kein vollendetes Kunstwerk: sie ist vielfach sogar unbeholfen und ungelenk, aber gleichzeitig von einer warmen, ansprechenden, beseelten Schlichtheit und wirkt entschieden künstlerisch empfunden. Es ist ein Beitrag zu dem Fühlen und Denken der Millionen, die in Finsternissen nach Licht hungern und dürsten.

Am Abend brauchte er nicht heimzugehen; auf dem Wagen haben sie ihn nach Hause gebracht. „Tödlich verunglückt,“ steht am andern Tage in dürren Worten in der Zeitung, „ist gestern ein 27jähriger Arbeiter der Fabrik von M. u. Comp. Er hinterläßt eine Frau und drei unerzogene Kinder.“ — —

## Soziales und Parteileben.

**Livländische Barone gegen den „Vorwärts.“** Einen Sturm mit Privatklagen haben verschiedene livländische Junker gegen den „Vorw.“ eröffnet, weil er seinerzeit, als das Schreckensregiment in den Ostseeprovinzen schauerliche Orgien feierte, Tatsachen anführte, um das konterrevolutionäre Wüten zu kennzeichnen. Die Kläger befinden sich ja in einer ziemlich sicheren Position, denn es ist natürlich leicht durch einen Berliner Anwalt bei einem Berliner Gericht Klage gegen den „Vorwärts“ zu erheben. Nicht so einfach ist die Einbringung des Wahrheitsbeweises für Vorgänge, die sich zur Zeit wilden Kampfgewühls in Rußland abgespielt haben. Begreiflicherweise ist die Berufung auf Augenzeugen jener Schreckenstaten livländischer Junker nicht in allen Fällen unbedenklich. Muß man doch damit rechnen, daß sich Leute durch Bekundung der Wahrheit den russischen Henkersknechten ausliefern könnten. Gelingt es aber nicht, die Wahrheit der behaupteten Tatsachen bis in die kleinsten Einzelheiten zu beweisen, so ist eine Verurteilung des Angeklagten wegen Beleidigung nicht völlig ausgeschlossen und der klagende Junker kann sich dann auf ein Gerichtsurteil berufen, welches ihn anscheinend rechtfertigt, mögen auch die über ihn behaupteten Tatsachen an sich durchaus wahr sein.

Der verantwortliche Redakteur, Genosse Weber, stand bereits zweimal vor Gericht, weil ihn ein livländischer Baron v. Zivers verklagt hat; diese Klage, deren Verhandlung vertagt worden ist, schwebt noch. Freitag sollte wieder ein Prozeß ähnlicher Art gegen Weber verhandelt werden. Diesmal war ein Baron Axel v. Nolken in Mosikatz in Livland der Kläger. Am 17. Februar v. J. hatte der „Vorwärts“ in einer Schilderung des Schreckensregiments in den Ostseeprovinzen unter anderem gesagt, der Polizeioffizier Ivanof und der Gutsbesitzer Baron Nolken seien völlig betrunken gewesen, als sie den Soldaten den Befehl gaben, auf das friedliche Volk zu schießen, der Baron habe auch befohlen, seine Viehställe anzuzünden, um das als Brandstiftung der Revolutionäre zu stempeln. Diese Angabe soll nach der Behauptung des Klägers nicht wahr sein. Nach Eröffnung der Verhandlung vor dem Schöffengericht erbot sich Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht als Verteidiger des Angeklagten, den Beweis der Wahrheit zu führen. Er beantragte zu diesem Zweck die Vernehmung zweier Zeugen, von denen der eine in Helsingfors, der andere in Mosikatz (Livland) lebt. Diese sollen als Augenzeugen bekunden, daß das, was der „Vorwärts“ über die Handlungsweise des Barons Nolken sagte, der Wahrheit entspricht. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Eßel, bemängelte diesen Beweisantrag. Er meinte, man wisse ja nicht, ob diese Zeugen wirklich existieren und, wenn sie existieren, so frage er: Wie komme ein Techniker aus Helsingfors nach dem Gute Mosikatz. Das könne doch nur ein Revolutionär sein, der die Leute in Mosikatz aufgewiegelt habe. Die Glaubwürdigkeit eines solchen Zeugen sei zu bezweifeln. Rechtsanwalt Liebknecht entgegnete auf diese verwunderlichen Ausführungen: Unter leidlich geordneten Zuständen, wie sie vor der Konterrevolution in Livland herrschten, könne ein Techniker doch wohl aus anderen Gründen als der revolutionären Propaganda wegen nach Livland gekommen sein. Und wenn der Zeuge ein Revolutionär wäre, so sei er doch deswegen nicht weniger glaubwürdig, wie die Junker, die eine Konterrevolution mit so viel Greueltaten gegen das Volk geführt haben, daß sich selbst die russische Regierung genötigt sah, dem Treiben der Junker Einhalt zu gebieten. Auch der vorsitzende Richter machte zunächst einige Einwände gegen den Beweisantrag des Rechtsanwalts Liebknecht. Der Richter wünschte eine genaue Angabe der Wohnung der Zeugen sowie des für ihre Vernehmung zuständigen Gerichts, da man von dem hiesigen Gericht nicht verlangen könne, daß es die

## Der Kunstreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(14. Fortsetzung.)

„Aber auch ohne diese Veranlassung hätte ich Sie heute noch aufgesucht, Komtesse,“ nahm der Graf nach einer leisen Verbeugung wieder das Wort, indem er sich, einer einladenden Handbewegung Melanies folgend, auf einen Stuhl ihr gegenüber niederließ, „denn ich wollte mich auf einige Zeit von Ihnen verabschieden.“

„Sie wollen fort von hier?“ rief Melanie schneller und mit weit mehr Teilnahme, als sie vielleicht zu verraten willens war.

„Nur auf kurze Zeit; auf eine, vielleicht auf einige Wochen; und zwar in Angelegenheiten, die meine Anwesenheit auf einer meiner Besitzungen dringend nötig machen. Ich habe dazu den Urlaub vom Fürsten erbeten und erhalten.“

„Melanie sah zu ihm auf und vermochte keine Silbe als Antwort zu finden. Allerlei wunderliche, wirre Gedanken kreuzten Ihr Hirn. Jetzt gerade wollte er fort? — jetzt, wo — sie durfte dem nicht weiter folgen — und so kalt, so förmlich nahm er jetzt Abschied — er mußte bemerkt haben, wie sie Graf Selikoff bevorzugte. — Und weshalb nicht? war sie nicht frei, zu tun, zu lassen was sie wollte, — war sie nicht von ihm, der da so kalt und eisern vor ihr saß, schändlich, schmählich betrogen und verraten worden? — und wenn nicht? — — Auch der Graf schwieg? das Herz war ihm voll und schwer, und dem kalten, förmlichen Empfang des Wesens gegenüber, das er mehr als sein eigenes Leben liebte, hatte er sich bezwingen, hatte er eben so kalt und ruhig von ihr scheiden wollen — scheiden vielleicht für sein ganzes Leben, indem sie sich von nun an nur als Fremde wieder begegnen sollten. Als er aber die Bewegung in Melanies Zügen sah, als ihm nicht verborgen bleiben konnte, daß die Jungfrau, so kalt und abgemessen sie sich auch gezeigt, doch vielmehr, ja innigeren Anteil an ihm nehme, da raffte er sich selber auch empor, und mit bewegter Stimme sagte er: „Komtesse — Melanie — es ist in letzter Zeit etwas zwischen uns gewesen — was, weiß nur Gott — was aber nicht sein sollte

„Zwischen uns, Herr Graf?“ unterbrach ihn, wie erstaunt, Melanie, die durch die Worte rasch zu sich selbst gerufen wurde.

„Stoßen Sie mich nicht so ungehört zurück,“ fuhr der Rittmeister, der jetzt einmal das Eis gebrochen hatte, fort. „Womit ich Sie beleidigt oder gekränkt haben mag, ich weiß es nicht — wissentlich nicht, beim ewigen Gott, und nur ein Mißverständnis kann es deshhalb sein, was Sie in diesen Tagen mir entfremdet hat. Sehen Sie mich nicht so stolz an, Melanie, — Sie waren sonst so offen und so ehrlich gegen mich — o, lassen Sie die Zeit, die liebe, liebe Zeit, nicht so mit einem Schlage abgebrochen sein. Sagen Sie mir, was ich getan habe, was ich verbrochen habe, und gestatten Sie mir dann, daß ich mich verteidige.“

„Was Sie getan, Herr Graf,“ erwiderte Melanie, der bei der Erinnerung alles dessen, über das sie Ursache zu haben glaubte — gerechte Ursache — zu zürnen, das Blut mit voller Macht in Wange und Schläfe strömte — ich glaube nicht, daß es mir zusteht, Sie über irgend etwas, was Sie getan haben könnten, zur Rede zu stellen. Hätten Sie es für gut gefunden, mich irgend eines Schrittes wegen, den Sie zu tun gedachten, um Rat zu fragen, wäre es vielleicht etwas anderes, doch so . . .“

„O, weichen Sie mir nicht aus“, bat Geyerstein in herzlichem Tone und von der Gewalt des Augenblicks hingerissen, „Melanie, Sie müssen wissen, wie mein Herz . . .“

„Herr Graf — nicht weiter, wenn ich bitten darf“, unterbrach ihn plötzlich mit ernstem, strengem Tone die junge Gräfin, indem sie sich zu ihrer vollen Höhe stolz, ja fast zürnend, emporrichtete. — „Ersparen Sie sich und mir ein Thema, das nur für beide Teile — schmerzlich enden kann.“

„Melanie!“ rief Geyerstein entsetzt, „was, um aller Heiligen willen . . .“

„Sie vergaßen wohl in dem Augenblicke“, fuhr die Komtesse fort, und ihre Zügen glichen jetzt denen einer Marmorbüste, „das Verhältnis, in dem Sie zu der Seiltänzertruppe jenes Bertrand stehen? — Sie vergaßen . . .“

„Großer Gott!“ stöhnte der Rittmeister, und bleich, wie das ihm gegenüberstehende schöne Weib, fuhr er von seinem Sitz empor.

„Wie das Geheimnis zu meinen Ohren kam,“ fuhr Melanie kalt und ruhig fort, „bleibt sich gleich; Sie selber bestätigen alles durch Ihr Schweigen. — Jetzt aber werden Sie doch auch wohl fühlen, daß zwischen uns nicht mehr von den Empfindungen des Herzens die Rede sein kann. Die Tochter des Grafen v. Ralphen dünkt sich zu gut . . .“

„Halten Sie ein Komtesse!“ rief der Graf mit ausgestreckter Hand und fast tonloser Stimme, „sagen Sie nichts weiter! Es ist genug — übergenug — und das wenige selbst — hätte sich vielleicht auf weniger harte Weise sagen lassen — aber es ist geschehen. Sie haben nicht zu fürchten, daß ich Ihnen je wieder mit Wort oder Blick nur nahen werde — dennoch bitte ich Sie, in den Augen der Welt . . .“

„Fürchten Sie nicht, daß ich Ihr Geheimnis mißbrauchen werde,“ unterbrach ihn Melanie, „wie immer die Welt auch wohl dergleichen beurteilen möchte. Was ich gesprochen, sprach ich nur für mich, und wie ich glaube, war ich das mir und meiner Stellung in der Welt schuldig. Aber ich höre meinen Vater — er wird kommen, um Sie abzurufen.“

Der Graf neigte sich ehrerbietig, aber kalt vor ihr — er hatte seine ganze Fassung und Männlichkeit wiedergewonnen, und in demselben Augenblicke auch fast öffnete sich die Tür, in welcher der Kriegsminister, schon in Uniform, um gleich nachher zum Fürsten zu fahren, erschien.

„So mein lieber Geyerstein“, sagte er freundlich, als er dem jungen Manne die Hand entgegenstreckte, „jetzt bin ich mit allem fertig und stehe Ihnen noch auf eine halbe Stunde zu Diensten. Er will uns davonlaufen, Melanie, will hinauf nach Mecklenburg und Hirsche schießen, Güter einrichten, und Gott weiß was alles. Wir werden Sie hier vermissen, Geyerstein, und Rosalie besonders wird untröstlich darüber sein. Wo steckt denn das Mädchen überhaupt heute Morgen — wohl wieder ausgefahren? Aber Du siehst so blaß heute aus, Melanie; fehlt Dir 'was, mein Kind?“

„Nichts, lieber Vater — nur ein wenig Kopfschmerz hatte ich heute, und habe deshalb Rosalien auch nicht begleitet. Es wird bald vorübergehen.“

„Exzellenz gestatten mir dann vielleicht Ihnen oben in Ihrem Zimmer die Papiere vorzulegen“, sagte Graf Geyerstein.

„Schön; wenn Sie alles bei der Hand haben, desto besser. — Apropos, sind sie auf heute Mittag schon versagt? Ich möchte Sie gern noch so lange als möglich bei uns haben.“

„Ich muß unendlich bedauern . . .“

„Machen Sie um Gottes willen keine Umstände; Sie sollen nicht im mindesten genirt sein. Also kommen Sie:

Zeugen in einer Privatklage ermittelt. Diesem Einwand begegnete der Anwalt mit der Bemerkung: Wenn das Gericht Privatklagen annimmt, die sich auf Vorgänge im Auslande stützen, dann müsse doch dem Angeklagten gestattet sein, Zeugen im Auslande zu benennen. Welche Stelle für deren Vernehmung zuständig ist, das werde das Gericht mit Hilfe des Auswärtigen Amts ermitteln können. Die Verteidigung könne doch nun einmal nicht über Vorgänge im Auslande Zeugen benennen, die in Rixdorf wohnen. Das Gericht mußte schließlich dem Antrage des Verteidigers stattgeben und beschloß, die kommissarische Vernehmung der angegebenen Zeugen zu veranlassen. Die Verhandlung wurde infolgedessen vertagt.

**Auch das Pferdefleisch wird teurer.** In Augsburg, wo im vergangenen Jahre 140 000 Pfund Pferdefleisch konsumiert wurden, ist der Preis für Pferdefleisch um 10—20 Prozent erhöht worden.

# Aus Nah und Fern.

**Die „Schlauen" von der Nichtwählerpartei.** In einem Wahllokal in Löbtau bei Dresden war ein kleines Zimmer, das sonst Vereinszwecken dient und in dem ein Schokoladen-Automat aufgestellt war, zum Verschließen der Wahlkuverts durch den Wähler benutzt worden. Ein „ganz Schlauer" ging hinein und kam nicht wieder heraus. Nach einiger Zeit ging der die Aufsicht führende Beamte in das Zimmer und fragte, warum der Wähler nicht wieder herauskomme. Der aber stand vor dem Geldeinwurf zum Automaten, bemühte sich vergeblich, das Wahlkuvert, das er sorgfältig mehrmals zusammengebrochen hatte, in den Einwurf zu stopfen und sagte: „Ich kriege das Ding nicht 'rein!" — An einer anderen Wahlzelle wies der uniformierte Beamte einen Wähler, der eben sein Kuvert erhalten hatte, mit knappen Worten in die aufgestellte Wahlzelle: „Hier in die Zelle!" Als auch dieser Folgsame nicht wieder herauskam, sah der Beamte nach ihm. Der Wähler aber sagte mit kläglicher Stimme: „Ich weiß gar nicht, was ich gemacht haben soll, daß Sie mich in die Zelle sperren!" Eine feine Sorte Retter der „nationalen Würde."

**Die Affäre des Hauptmanns von Köpenick** hat noch zu einem interessanten Rechtsstreit geführt, der zwischen dem Köpenicker Magistrat und dem Polizeiinspektor Jäckel entbrannt ist. Jäckel ist zwangsweise pensioniert worden. Er hatte nach der Köpenicker Affäre auf einen ihm gegebenen Wink ein Pensionierungsgesuch eingereicht, es dann aber nach ruhigerer Überlegung wieder zurückgezogen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte aber auf diese Änderung seiner Absichten keine Rücksichten genommen, sondern seinem zuerst eingereichten Pensionsgesuche kurzerhand entsprochen. Jäckel will sich aber damit nicht zufrieden geben, sondern weigert sich beharrlich, der Aufforderung, seine Dienstwohnung zu räumen, nachzukommen. Der Köpenicker Magistrat will ihn aber nicht länger in der Wohnung belassen und eventuell Zwangsmaßregeln in Anwendung bringen. Der eigenartige Fall wird binnen kurzem den Bezirksausschuß beschäftigen.

**Schreckenstat eines Zuchthäuslers.** Der 21jährige Zuchthäusler Arbeiter Selinski aus Danzig, der in Graudenz eine 10jährige Zuchthausstrafe abbüßt, sprang auf dem Rücktransport von Danzig, wo er zu einer Zusatzstrafe von 6 Monaten verurteilt worden war, aus dem Zuge, entledigte sich der Fesseln, besorgte sich andere Kleider und wanderte nach Danzig, wo er seine Frau mit ihrem früheren Bräutigam in seiner Wohnung überraschte und beide durch Messerstiche lebensgefährlich verletzte. Er verschanzte sich dann in der Wohnung seiner Mutter und konnte erst durch ein großes Aufgebot von Schutzleuten wieder verhaftet werden.

**Mord?** In der Laubenkolonie in der Prenzlauer Allee in Berlin wurde die Elisabeth Michaelis mit durchschnittenen Pulsadern tot aufgefunden. In der Nähe des Tatortes wurde der Beamte der Schließgesellschaft Paul Waldeck, dessen Kleider mit Blut befleckt waren, von einem Privatbeamten entdeckt und unter dem Verdacht des Mordes verhaftet. Waldeck gab in ruhiger Weise an, seine Braut habe sich selbst die Pulsadern durchschnitten. Er selbst hatte ebenfalls eine Wunde an den Pulsadern und erklärte, daß er sich auch das Leben habe nehmen wollen wegen Mißhelligkeiten in der Brautzeit. Die Polizei nimmt Mord an, da Waldeck als jähzornig bekannt ist.

**Eifersuchtsdrama.** In Oberschöneweide bei Berlin wollte aus Eifersucht der Fleischer Hain seine Frau erschießen. Die Kugel verfehlte ihr Ziel und drang dem vier Monate alten Kinde, das die Frau auf dem Arme hielt, in den Kopf. Das Kind war nach wenigen Minuten tot. Hain wurde verhaftet.

**Du bist verrückt, mein Kind ....** Aus Werdau in Sachsen meldet man: Unter den hier abgegebenen Stimmzetteln lautete einer, der zufällig als erster der Wahlurne entnommen wurde, folgendermaßen: „Ich wähle meinen Jesum und meinen Kaiser. Liebe Mitbrüder, tut doch auch mal das gleiche, dann wird Gott Wohlgefallen haben an uns allen und Segen spenden im lieben Deutschen Reiche. Wenn ich auch viel darben mußte und Unrecht gelitten und noch leide, bleibe ich und meine Familie, wenn meine Stimme auch nicht mit zählt, treu meinem Heiland und Kaiser."

**Die Beschwichtigungsrate.** Der Petroleumkönig John D. Rockefeller hat sich bereit erklärt, eine Stiftung von acht Millionen Mark für die Errichtung einer neuen Universität in Louisville zu machen, unter der Bedingung, daß eine gleiche Summe von anderer Seite aufgebracht wird. Die Universität von Louisville soll mit den geplanten Universitäten der Baptisten und Methodisten vereinigt werden. — Die scheinbare Generosität der amerikanischen Kapitalvampire ist nichts als schlaue Berechnung und Reklame. Sie plündern Milliarden und schenken Millionen. Die Versicherungsprämie, die sie in Gestalt von Stiftungen aufwenden, ist sehr gering.

**Der Revolver als pädagogisches Erziehungsmittel.** In Kleynozki bei Ostrowo wurde, berichtet der Dziennik Poznanski, um den Widerstand der Kinder gegen das deutsche Vaterunser zu brechen, ein blutjunger Schullehrer aus Breslau mit Namen Süssel angestellt, der den polnischen Kindern in den unteren Klassen das deutsche Vaterunser beibringen wollte, obwohl der Religionsunterricht sogar in den höheren Klassen polnisch erteilt wurde. Der Lehrer hatte sich nun mit einem Revolver ausgerüstet und am Mittwoch, den 23. Januar, in der Klasse geschossen. Die sechs- und siebenjährigen Kinder erschraken ganz entsetzlich und ein Schulmädchen mit Namen Kowalczyk ist vor Angst sogar schwer erkrankt. — In der preußischen Politik ist kein Ding unmöglich!

**Bevölkerungszuwachs in europäischen Staaten.** Einem Berichte des französischen Arbeitsministeriums zufolge vermehrte sich die Bevölkerung in den wichtigsten europäischen Staaten während der letzten 35 Jahre in folgendem Maßstabe:

Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle auf je 10000 Einwohner:

| Perioden | Deutschland | Frankreich | Österreich | England | Niederlande | Schweden | Norwegen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1871—1875 | 107 | 5 | 67 | 134 | 106 | 124 | 127 |
| 1876—1880 | 131 | 29 | 82 | 145 | 135 | 120 | 151 |
| 1881—1885 | 113 | 25 | 79 | 141 | 134 | 119 | 149 |
| 1886—1890 | 121 | 11 | 88 | 126 | 131 | 124 | 138 |
| 1891—1895 | 130 | 1 | 95 | 117 | 133 | 103 | 135 |
| 1896—1900 | 147 | 8 | 116 | 116 | 150 | 108 | 146 |
| 1901—1905 | 148 | 19 | 125 | 122 | 155 | 108 | 144 |

Demnach wird Deutschland in bezug auf die Bevölkerungszunahme nur noch von den Niederlanden übertroffen und von Norwegen beinahe erreicht. Weit hinter allen Ländern zurück steht Frankreich. Bereits im Durchschnitt der Jahre 1841—1870 betrug die Bevölkerungszunahme in Frankreich nur 31 auf je 10000 Einwohner, während sie in Deutschland in diesem Zeitraum sich bereits auf 95 belief.

**Das Paradies des Landarbeiters.** Im amtlichen „Koschminer Kreisblatt" ist folgendes zu lesen: „Der Typhus ist im Kreise Koschmin ein alter, wohlbekannter Gast. Hauptsächlich traten von jeher die Typhuserkrankungen unter den Dominialleuten auf, weil die unhygienischen Wohnungsverhältnisse derselben für die Aufnahme, Entwicklung und Weiterverbreitung des Typhuskeimes die günstigsten Vorbedingungen bieten. Während der Typhus aber in den früheren Jahren nur auf wenigen Gütern in nur vereinzelten Fällen auftrat, hat er in den letzten Jahren immer eine größere Ausbreitungskraft gewonnen. .... Während aber fast überall die Typhusfälle vereinzelt blieben oder doch nur geringe Ausbreitung erfuhren, nahm der Typhus auf dem Gute Goreczki einen epidemischen Charakter an, indem er dort 12½ Prozent sämtlicher Bewohner ergriff. Verantwortlich zu machen für die starke Verbreitung des Typhus in Goreczki sind in erster Linie wieder die besonders ungünstigen Wohnungsverhältnisse der Dominialleute sowie das Fehlen eines Gebäudes zur Absonderung der Kranken. Die ärztliche Arzneiversorgung der Kranken auf dem Lande — nicht nur in Goreczki — läßt viel zu wünschen übrig, da vielfach nachgewiesen wurde, daß Typhuskranke wochenlang ohne Arzt und ohne Arznei blieben." — Für die Besserung solcher himmelschreienden Zustände hat der Staat natürlich kein Geld übrig: dafür verpulvert er viele Hunderte von Millionen für afrikanische Sandwüsten.

# Literarisches.

**Ferdinand Freiligrath.** Sein Leben und Schaffen von Ludwig Schröder. 8°, 119 Seiten. Mark 1.50. (Leipzig, Max Hesses Verlag). Diese soeben erschienene Biographie schildert im ersten Teil des Dichters Jugendzeit, seine ersten dichterischen Regungen, seine Liebe zu Karoline Schwollmann, und seinen Aufenthalt in einem Amsterdamer Handelshause 1832—1836. Im folgenden verfolgen wir den wachsenden, jungen Ruhm des Dichters, sein Liebesglück von 1840 mit Ida Wielos, innere und äußere Krisen, Freud und Leid im Jahre 1848, Heimkehr aus dem Exil 1867, und den Nachsommer der Poesie 1870. — Zum Schluß fügt der Herausgeber, was sehr dankbar zu begrüßen ist, und bei allen Biographien zu wünschen wäre, ein ausführliches Quellenverzeichnis an. Die umfangreiche biographische Darstellung wirkt um so wohltuender, weil sie an vielen Stellen den Dichter selbst zu Worte kommen läßt; sie soll die Einleitung bilden für die zu erwartende neue Ausgabe, die in Max Hesses Verlag, dem wir schon so viele treffliche Neuausgaben unserer Klassiker verdanken, in kurzer Zeit erscheinen wird. Dem phantasiereichen, sprachschöpferischen Dichter, der zugleich unsere Literatur durch meisterhafte Übersetzungen aus fremden Literaturen bereichert hat, ist ein recht großer Leserkreis zu wünschen. War er doch als Dichter wie als Mensch eine Persönlichkeit, der auch in trübster Zeit den Gedanken an Deutschlands Zukunft niemals aufgegeben hat!

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 1 des 17. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Motto. Von Ferdinand Freiligrath. (Gedicht.) — Die Reichstagswahl am 25. Januar. Von G. Ledebour. — Auf zur Stichwahl! Von Luise Zietz. — Mahnruf. Von Hanna Dorsch. — Die bürgerlichen Frauen im Wahlkampf. — Die Stellenvermittelung. Von Mathilde Wurm. (Schluß.) — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Tätigkeitsbericht der Vertrauensperson der Chemnitzer Genossinnen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Lichtenstein-Callnberg. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Eine erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Fürsorge für Mutter und Kind — Berichtigung. — Feuilleton: Nimmermehr. Von Adolf Lepp. (Gedicht). — Ein Kind. Von A. R. Für unsere Mütter und Hausfrauen: Ermutigung von Pleming (Gedicht.) — Verhütung und Heilung des Stotterns bei Kindern. II. Von O. K. — Hauspflege und Hauspflegekassen. II. Von Henriette Fürth. — Die Heldin unserer Tage. Von Christian Schuchardt. (Gedicht) — Fräulein, das geht Sie doch gar nichts an! Von Sch. — Die Mutter als Erzieherin. — Not. Von Martin Bodenstedt. (Gedicht.) Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

— Adieu, mein liebes Kind; lies nicht zu viel, das nimmt Dir den Kopf nur noch mehr ein."

Graf Geyerstein verabschiedete sich bei der Komtesse mit einer tiefen Verbeugung, und eben so förmlich dankte ihm die Dame. Der alte Herr bemerkte das aber nicht; er überflog schon flüchtig die Papiere, die ihm der Rittmeister eben übergeben hatte, und mit freundlichem Kopfnicken nur von seiner Tochter Abschied nehmend, verließ er gleich darauf, von dem Grafen gefolgt, das Zimmer.

Melanie blieb, als die beiden Männer die Tür hinter sich geschlossen hatten, noch eine ganze Weile stumm und regungslos stehen. Hatte aber auch ihr stolzer Geist in dem entscheidenden Momente den Sieg über das nur zu schwache Herz davongetragen, jetzt — jetzt vermochte sie nicht mehr. Ein leises Frösteln flog über ihren Körper, sie schwankte zum Sofa, barg das bleiche Antlitz in den Händen und weinte — weinte, als ob ihr das Herz vor unendlichem Weh zerbrechen müsse in der Brust.

10.

Oben, inmitten des schönen Mecklenburger Landes, an einem der kleinen reizenden Seen, lag das nicht unbeträchtliche Rittergut Schildheim, seit undenklichen Zeiten schon einem alten Mecklenburger Geschlechte erb- und eigentümlich. Der letzte desselben heiratete eine Komtesse Geyerstein aus einer Nebenlinie im nördlichen Preußen, und um sie die Heimat nicht so sehr vermissen zu lassen, wurde damals das alte, durchaus neurestaurierte Gut ganz nach preußischer Art eingerichtet; ja sogar einen preußischen Verwalter und eine Wirtschafterin brachte die junge Frau mit dorthin, sowie Leute von ihren eigenen Gütern, und Schildheim hieß demnach und von der Zeit an in der Umgegend nur „das preußische Gut". Der Besitzer starb, aber seine Witwe, eine Großtante Wolfs v. Geyerstein, überlebte ihn noch viele Jahre, und als auch sie in der Familiengruft beigesetzt wurde, ging das Gut durch Erbschaft an Wolfs Mutter über.

Mit den Jahren hatte sich jetzt dort vieles verändert. Die Wirtschafterin war gestorben und eine andere aus dem Lande selber angenommen worden. Dann hatte ein Pachter das Ganze übernommen, und die preußischen, dazu gehörigen Familien verdingten sich teils auf anderen Gütern, teils hatten sie sich selber etwas erspart und einen eigenen kleinen Grundbesitz gekauft. Nur die Gebäude waren noch die alten und der Name „das preußische Gut" ebenfalls auf dem alten Herrensitze haften geblieben. Die Leute in der Nachbarschaft kannten es fast unter keiner andern Benennung, und doch verdiente sie das Gut schon lange nicht mehr. Von den eigentlichen dort hinübergezogenen Preußen lebte in der Tat nur noch einer, der alte Verwalter, ein Mann hoch in die Sechzig, aber mit noch rüstigen Kräften, der samt den Dienstleuten der seligen Besitzerin, und zwar als Ochsenjunge, herübergekommen war und sich durch Fleiß und ehrliches Betragen zu solchem Ehrenposten aufgeschwungen hatte. Das eigentliche Inventar aus ältester Zeit blieb aber eine andere, höchst eigentümliche Persönlichkeit, und das war der alte Forstwart, wie er dort überall hieß. Dieser, ein origineller Kauz, aber ein durchaus braver und rechtlicher Mann, hatte seine Karriere auf dem preußischen Gute von der Pike auf gemacht — das heißt vom Holzdieb bis zum Forstwart, wo er halten blieb, und jetzt, in seinem hohen Alter, eigentlich mehr das Gnadenbrot aß, als noch wirklichen Nutzen leistete. Dabei hing er an dem alten Platz, besonders an seinem Walde — denn um die Menschen bekümmerte er sich wenig oder gar nicht — mit einer Zuneigung, die man in dem sonst so abgeschlossenen und selbst scheuen Gesellen gar nicht gesucht haben würde.

Der Förster war allerdings sein Vorgesetzter, aber er bekümmerte sich wenig um ihn und tat seine Pflicht, ohne ihn viel damit zu belästigen. Jener war auch gern damit zufrieden, wenn er nur den Holzfrevlern ein wenig auf die Finger sah und im Winter dem Raubzeug Fallen stellte, und zu beiden Beschäftigungen ließ sich niemand besser verwenden, als der alte, für seine Jahre aber noch außerordentlich rüstige Forstwart Barthold. Die Holzfrevler fürchteten nämlich den alten Mann weit mehr und gingen ihm weit sorgfältiger aus dem Wege, als wenn er der jüngste und kräftigste Forstgehilfe gewesen wäre, denn sie glaubten: er könne mehr als Brot essen, d. h. er stände mit verschiedenen über- und unterirdischen Mächten im Bunde, was sich mit dem Seelenheil eines gewöhnlichen Christen nicht vertrug. Ging er doch auch in keine Kirche und man erzählte sich von ihm im Dorfe die tollsten und abenteuerlichsten Geschichten — und doch gab es kaum ein harmloseres Wesen in der weiten Umgegend, als eben diesen alten Forstwart. Nur dem Raubzeug im Walde, den Füchsen, Mardern, Wieseln, Iltissen und wilden Katzen war er ein grimmer und schlauer Feind, weil sie Sicherheit und Leben seiner lieben Waldsänger — der Vögel — bedrohten.

Etwa zehn Minuten Weges — oder eine halbe Pfeife Tabak, wie die Bauern manchmal ihre Wege messen — von dem Rittergut Schildheim entfernt, und dicht am Ufer des kleinen schilfbewachsenen Sees, lag ein sehr freundliches Dorf gleichen Namens mit einigen wohlhabenden Bauern, wie auch von den Arbeitern bewohnt, die auf dem Gute ihre Nahrung fanden. Dort war eben Kirchweih abgehalten worden, und die Bauern und Insassen feierten jetzt noch — gewissermaßen zur Erholung von den überstandenen Festlichkeiten — die Nachkirchweihe in einer Art von verlängertem blauen Montag. Die Köpfe wüst von vielem Tanzen und Trinken und den verschiedenen durchschwärmten Nächten, hatten sie noch keine rechte Lust, wieder zu ihrer regelmäßigen steten Arbeit zurückzukehren, und glaubten die Zeit denn natürlich nicht besser anwenden zu können, als wenn sie das früher begonnene Zechen ein klein wenig länger fortsetzten. Der arbeitsame Bauer ist schwer aus seiner altgewohnten täglichen Beschäftigung herauszubringen; wenn aber einmal draußen, bekommt er sich selber auch nur äußerst schwer wieder hinein. — Er weiß das selber dabei recht gut und läßt sich deshalb eben Zeit dazu.

Im Dorfe war ein ziemlich großes Wirtshaus: „Zum Stern"; denn die Chaussee führte um den See herum und wurde besonders stark von Fuhrleuten befahren, welche die Landesprodukte früher bis an die See nach Wismar, seit Errichtung der Eisenbahn aber, mit noch viel lebendigerem Verkehr, nach der nächsten, etwa sechs Meilen entfernten Eisenbahnstation schafften. Der Stern bildete denn auch jetzt den Mittelpunkt, in welchem die Honoratioren des Orts zusammen kamen, bei Wein oder Bier die Nachwehen der überstandenen frohen Tage zu vertreiben, und selbst der alte Verwalter vom Schloß, eigentlich kein Wirtshausgänger, war heute unter ihnen und saß mit einem Glase Wein vor sich am runden Tisch in der untern Stube — denn kaltes, unfreundliches Wetter hatte die Gäste in das Innere des Hauses getrieben. Der alte Verwalter war aber eigentlich nicht bloß um zu trinken heruntergekommen, sondern er brauchte Leute aus dem Dorfe zur Arbeit, und wußte wie schwer es hielt, sie selbst von der Nachkirchweihe fortzulocken. So willig sie sich sonst auch finden ließen, heute wichen sie ihm aus, und der alte Mann, der nicht hinter ihnen herlaufen konnte, hatte sich deshalb hier wie die Spinne mitten in das Netz gesetzt, wo sie ihm, wie er recht gut wußte, doch zuletzt anlaufen mußten. Neben ihm, ineinander gedrückt und schläfrig, saß ein anderer alter Gesell, der faule Tobias, wie sie ihn im Dorfe nannten. Er sah fast wie ein Müller aus, mit seinem hellblauen, weißbestaubten Rock, war auch früher ein Müller und noch dazu ein ganz tüchtiger gewesen, und wohnte in der unteren Mühle, aber nur zum Auszug. Er hatte vor längeren Jahren Mühle wie Anwesen an seinen Schwiegersohn verkauft und sich nur, wie das häufig Sitte ist, seinen Auszug, das heißt Wohnung und Verpflegung bis zum Tode, vorbehalten, dann das Geld genommen und lustig damit gelebt, und jetzt hieß es allgemein, daß er wohl bald mit der erhaltenen Summe fertig sein müsse. Das aber kümmerte ihn gar wenig. Ohne die geringste Beschäftigung war er den Vor- wie Nachmittag sicher im Stern zu treffen. Nur an warmen Tagen ging er manchmal mit der Angel an den Bach, aber er war selbst zu faul, Würmer zu suchen, versteckte seine Angel deshalb nur, legte sie ins Wasser und sich daneben in den Schatten irgend eines Baumes, und schlief so lange, bis er durstig wurde. Dann stand er auf, packte sein Angelzeug zusammen und ging wieder in den Stern, und die Leute im Orte nannten ihn so mit Recht nur den faulen Tobias.

(Fortsetzung folgt.)